Stand: 29.03.2024 14:31:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/14824

"Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014 (Drs. 16/13465)"

Vorgangsverlauf:

1. Änderungsantrag 16/14824 vom 20.11.2012
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15102 des HA vom 06.12.2012
3. Beschluss des Plenums 16/15259 vom 13.12.2012
4. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 13.12.2012

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**14824**
20.11.2012

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler, Kathrin Sonnenholzner, Hans-Ulrich Pfaffmann, Horst Arnold, Inge Aures, Susann Biedefeld, Sabine Dittmar, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Natascha Kohnen, Christa Naaß, Reinhold Perlak, Florian Ritter, Harald Schneider, Diana Stachowitz, Christa Steiger, Reinhold Strobl, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Ludwig Wörner SPD**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014
(Drs. 16/13465)

Der Landtag wolle beschließen:

1. Art. 5 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

   „2. Es werden folgende Sätze 2 bis 4 angefügt:

   ‚[2]Der Landtag und die Staatsregierung haben im Rahmen ihrer Befugnisse für ausreichende Einnahmen Sorge zu tragen, die dem Freistaat die Erfüllung seiner Aufgaben ermöglichen. [3]Die Einnahmen müssen dem Freistaat insbesondere die notwendigen Bildungsausgaben, die Gewährleistung der sozialen und der inneren Sicherheit sowie ausreichende öffentliche Investitionen ermöglichen und sie müssen für eine aufgabengerechte Finanzierung der Kommunen ausreichen. [4]Die Verschuldung am Kreditmarkt ist bis 2030 abzubauen; die konjunkturelle Entwicklung ist dabei zu berücksichtigen.‘“

2. Es wird folgender neuer Art. 10 eingefügt:

   „Art. 10
   Änderung der Bayerischen Zulagenverordnung

   In Anlage 4 Rechtsgrundlage „§ 11 Abs. 2 Satz 1“ Spalte 3 der Verordnung über die Gewährung von Zulagen (Bayerische Zulagenverordnung – BayZulV) vom 16. November 2010 (GVBl S. 747, BayRS 2032-2-11-F), zuletzt geändert durch § 9 des Gesetzes vom 30. März 2012 (GVBl S. 94), wird bei

   Nr. 1 die Zahl „3,01“ durch die Zahl „5,00“, bei

   Nr. 2 die Zahlen „0,64“ und „0,77“ jeweils durch die Zahl „2,50“ und bei

   Nr. 3 die Zahl „2,56“ durch die Zahl „5,00“ ersetzt.“

3. Die bisherigen Art. 10 bis 18 werden Art. 11 bis 19.

4. In Art. 17 (bisher Art. 16) wird Abs. 2 wie folgt geändert:

   a) Es wird folgende neue Nr. 1 eingefügt:

   „1. Art. 10 am 1. Juni 2013,“

   b) Die bisherigen Nrn. 1 und 2 werden Nrn. 2 und 3.

Begründung:

Zu Nr. 1:

Der Landtag und die Staatsregierung sollen bei Landes- und Bundesgesetzgebung darauf achten, dass dauerhaft genügend Einnahmen in den Staatshaushalt fließen, damit sowohl die erforderlichen Personal- und Sachausgaben finanziert werden als auch die Staatsschulden getilgt werden können.

Das bedeutet beispielsweise auf Landesebene, dass die Steuerverwaltung personell, technisch und organisatorisch beim Steuervollzug in die Lage versetzt wird, die in Bayern anfallenden Steuern tatsächlich und umfassend zu erheben und zu vereinnahmen. Es bedeutet auf Bundesebene, dass die Staatsregierung keine Initiativen ergreift oder unterstützt, die die Steuerbasis im Freistaat schwächen oder die Entnahmen Bayerns im Rahmen der Bund-Länderfinanzbeziehung verschlechtern. Es bedeutet auch, dass sich die Position Bayerns beim bundesstaatlichen Finanzausgleich verbessern soll.

Bildungsausgaben, Gewährleistung der sozialen und der inneren Sicherheit und ausreichende öffentliche Investitionen sowie Tilgung der Staatsschulden sollen dabei nicht zu Lasten der Kommunen erfolgen. Vielmehr soll sich die Finanzausstattung der Kommunen angemessen entwickeln und es müssen Mittel zur Entschuldung der Kommunen in einem kommunalen Entschuldungsfonds bereit gestellt werden.

Da die Steuereinnahmen des Freistaats nicht nur von gesetzlichen Rahmenbedingungen, sondern auch von der konjunkturellen Entwicklung abhängig sind, kann die Tilgung der Schulden insgesamt nur bei gesicherten Einnahmen und bei ausreichendem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts erfolgen.

Zu Nr. 2:

Die Zulagen für Beamte und Beamtinnen und Empfänger und Empfängerinnen von Anwärterbezügen, die regelmäßig sonntags, feiertags, samstags und nachts zum Dienst herangezogen werden (Dienst zu ungünstigen Zeiten) und – wenn es sich bei ihnen um Beamte oder Beamtinnen im Polizeivollzugsdienst handelt – noch dazu ein hohes Berufsrisiko tragen, sind unzureichend. Die Zulage für den Dienst an Sonntagen, gesetzlichen Wochenfeiertagen, am Oster- und Pfingstsamstag, am 24. Dezember und 31. Dezember nach 12.00 Uhr, wenn diese Tage nicht auf einen Sonntag fallen, beträgt derzeit 2,97 Euro je Stunde (ab 1. November 2012: 3,01 Euro), für den Samstagsdienst in der Zeit zwischen 13.00 Uhr und 20.00 Uhr beträgt die Zulage 0,64 Euro bzw. 0,77 Euro für besondere Berufsgruppen nach Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 bis 6 BayBesG; im Übrigen beträgt die Zulage für den Dienst in der Zeit

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr (Nachdienst) 2,56 Euro je Stunde (vgl. § 11 Abs. 2 Satz 1 BayZulV i.V.m. Anlage 4).

Die Zuschläge für Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit und Samstagsarbeit in der freien Wirtschaft sind um ein Vielfaches höher. Sie betragen bis zu 150 v.H. des normalen Stundenlohns.

Die Kosten für die Anhebung werden mit ca. 21 Mio. Euro für die Haushalte (Staat, Kommunen) p.a. beziffert. Die tatsächlichen Kosten sind allerdings abhängig von der Anzahl der zum Dienst zu ungünstigen Zeiten tatsächlich herangezogenen Beamten und Beamtinnen und Anwärter und Anwärterinnen.

Zu Nr. 3:

Redaktionell bedingte Änderung infolge des Einfügens eines neuen Artikels.

Zu Nr. 4:

Die Anhebung soll zum 1. Juni 2013 in Kraft treten.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**15102**
06.12.2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/**13465**

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 - HG 2013/2014)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 16/**14821**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014
(Drs. 16/13465)
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 16/**14822**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014
(Drs. 16/13465)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)

Drs. 16/**14823**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014
(Drs. 16/13465)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD

Drs. 16/**14824**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014
(Drs. 16/13465)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 1 (Feststellung des Haushaltsplans) erhält folgende Fassung:

„Art. 1
Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 wird in Einnahmen und Ausgaben
1. für das Haushaltsjahr 2013 auf 47 376 313 300 € und
2. für das Haushaltsjahr 2014 auf 48.965 561 500 € festgestellt.“

2. Art. 6 (Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung) wird wie folgt geändert:

a) Abs. 12 wird gestrichen; die bisherigen Abs. 13 und 14 werden Abs. 12 und 13.

b) Es werden folgende Abs. 14 und 15 angefügt:

„(14) [1]Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, aus den bei Kap. 15 70 Tit. 633 01 und Tit. 637 01 veranschlagten Mitteln (Plan-)Stellen zur Verstaatlichung des Glasmuseums Frauenau sowie des Porzellanikons in Selb und Hohenberg an der Eger zu schaffen. [2]Eine Ausweitung des Stellenbestandes ist hierdurch nicht möglich.

(15) [1]Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts, zur Deckung des personellen Bedarfs in den Rechenzentren Nord und Süd sowie bei den Regierungen zur Einfüh-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

rung und für den Betrieb der elektronischen Akte (Plan-) Stellen aus den Einzelplänen 02 bis 15 in die Kapitel 03 07, 03 08 und 06 04 umzusetzen und bei Bedarf kostenneutral umzuwandeln. [2]Die (Plan-) Stellen können mit einem Vermerk versehen werden, der eine Rückumsetzung und/oder kostenneutrale Rückumwandlung vorsieht."

3. Art. 8 (Sonstige Ermächtigungen und Regelungen) wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, der UnternehmerTUM GmbH ein unentgeltliches Erbbaurecht an dem staatseigenen Grundstück Flst. Nr. 1890/2 der Gemarkung Garching von bis zu 4 500 m² für die Errichtung eines Gebäudeteils des TUM Entrepreneurship Zentrums einzuräumen."

4. Art. 9 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Es wird folgende Nr. 4 eingefügt:
„4. In Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 wer den nach dem Wort „Justizvollzugsanstalten," die Worte „an der Bayerischen Justizvollzugsschule in Straubing," eingefügt."

bb) Die Nrn. 4 bis 6 werden Nrn. 5 bis 7.

b) In Abs. 2 werden die Worte „Nr. 4" durch die Worte „Nr. 5" ersetzt.

5. Es wird folgender neuer Art. 15 (Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes) eingefügt:

„Art. 15

Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes

In Art. 96 Abs. 3 Satz 5 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) vom 29. Juli 2008 (GVBl S. 500, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 13 des Gesetzes vom 30. März 2012 (GVBl S. 94), werden die Worte

"1. 6 € je Rechnungsbeleg bei ambulanten ärztlichen, zahnärztlichen, psychotherapeutischen Leistungen sowie bei Leistungen von Heilpraktikern und Heilpraktikerinnen,

2."

gestrichen."

6. Die bisherigen Art. 15 bis 18 werden Art. 16 bis 19.

7. Die Anlage DBestHG 2013/2014 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgende neue Nr. 12.5.2 eingefügt.
„12.5.2 Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben
Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für die Gruppe 548 gilt nur als einseitige Verstärkung zu Lasten der Titel dieser Gruppe."

b) Die bisherige Nr. 12.5.2 wird Nr. 12.5.3.

Berichterstatter zu 1 und 4: **Hans Herold**
Berichterstatter zu 2: **Markus Reichhart**
Berichterstatter zu 3: **Claudia Stamm**
Berichterstatter zu 5: **Volkmar Halbleib**
Mitberichterstatter zu 1 und 4: **Volkmar Halbleib**
Mitberichterstter zu 2, 3, 5: **Hans Herold**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf endberaten.
Zum Gesetzentwurf wurden die Änderungsanträge Drs. 16/14821, Drs. 16/14822, Drs. 16/14823 und Drs. 16/14824 eingereicht.

2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/14821, Drs. 16/14822, Drs. 16/14823 und Drs. 16/14824 in seiner 194. Sitzung am 28. November 2012 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/14823 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.
Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 16/14821, 16/14822 und 16/14824 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/14821, Drs. 16/14822, Drs. 16/14823 und Drs. 16/14824 in seiner 89. Sitzung am 6. Dezember 2012 endberaten.

   Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Zustimmung
   SPD: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FDP: Zustimmung

   der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

   Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/14823 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.
   Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

   Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 16/14821, 16/14822 und 16/14824 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FDP: Ablehnung

   Ablehnung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**15259**
13.12.2012

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 – HG 2013/2014) – Drs. 16/13465 – werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014 (Drs. 16/13465)
   hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b
   Drs. 16/14821

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014 (Drs. 16/13465)
   Drs. 16/14822

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014 (Drs. 16/13465)
   Drs. 16/14824

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde
Abg. Georg Winter
Abg. Dr. Paul Wengert
Abg. Mannfred Pointner
Abg. Claudia Stamm
Abg. Prof. Dr. Georg Barfuß
Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Erika Görlitz
Abg. Volkmar Halbleib
Abg. Christine Kamm
Abg. Karsten Klein
Staatsminister Dr. Markus Söder

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 18, 19 und 20 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013) (Drs. 16/13464)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/14792 mit 16/14794) und

Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/14791)

und

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 13 für den Geschäftsbereich Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/14808),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/14835 mit 16/14842),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/14687 mit 16/14696 und 16/14807) sowie

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/14798 mit 16/14802 und 16/14804 mit 16/14806)

und

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/15139)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 - HG 2013/2014)

(Drs. 16/13465)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drs. 16/14823),
Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 16/14824),
Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 16/14821) sowie
Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/14822)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 45 Minuten, auf die SPD-Fraktion 28 Minuten und auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 21 Minuten. Die FDP-Fraktion hat 20 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann daher bis zu 45 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeiten der Fraktionen verlängern.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich bereits jetzt darauf hin, dass beantragt worden ist, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14807 und 16/15139 einzeln und zwar in namentlicher Form abstimmen zu lassen.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als erster Redner hat der Kollege Georg Winter das Wort.

(Alexander König (CSU): Der viel gelobte Haushaltsausschussvorsitzende!)

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Wir kommen zum Schluss, das heißt zur großen Klammer für die vielen Einzelpläne, genannt Haushaltsgesetz.

Ich darf eingangs den heutigen Namenstag aufgreifen, wenn es heute auch nur noch wenige Trägerinnen dieses Vornamens gibt. Ich meine die heilige Lucia, die Leuchtende. Vielleicht ist es ein gutes Omen, dass wir am Tag der Leuchtenden diesen großartigen Leuchtturm verabschieden.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Der Finanzminister hat eine hübsche Lucia in seinem Haus. Herr Minister, übermitteln Sie unseren Glückwunsch!

(Heiterkeit)

Verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Wir haben vor knapp vier Jahren − heute ist der 13. Dezember −, nämlich am 16. Dezember 2008, mit unserem ersten Haushaltsgesetz begonnen, und wir haben in diesen knapp vier Jahren immerhin fünf Finanzausgleichsgesetze vorbereitet, beraten, verhandelt und beschlossen, und zwar alle fünf einvernehmlich mit den Spitzenverbänden. In diesen knapp vier Jahren haben wir auch sechs Haushaltsgesetze im Haushaltsausschuss beraten, die dann vom Landtag verabschiedet wurden. Auch das ist ein Rekord. Es ist ein großes Pensum, sowohl Plenum als auch Fachausschüsse können auf diese Leistung stolz sein.

Natürlich gab es zu Beginn dieser Legislatur eine große Herausforderung. Im Jahre 2009, dem Rezessionsjahr, verzeichneten wir ein Minus von fünf Prozent. Und wir wollen es nicht verschweigen, auch die Bankenkrise und die davon betroffene Landesbank spielten eine Rolle. Das waren die Ausgangspunkte. Trotzdem können wir heute sagen: Wir haben viel erreicht. Wir können mit dem nun vorliegenden Haushalt eine gute Grundlage bereitstellen. Sie alle wissen: Heute zählt nicht mehr die Ankündigung, sondern heute zählt das Tun. Und damit kann bereits ab Jahresanfang begonnen werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mein Dank gilt an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses, namentlich dem Kollegen Halbleib, meinem Stellvertreter. Der Dank gilt aber auch den Kolleginnen und Kollegen in den Fraktionen und in den Facharbeitskreisen, die uns zugearbeitet haben und dabei auch für ihre Belange gekämpft haben. Ich denke an die verehrte Kollegin Stewens und viele andere, die ein oder mehrere Themen fest auf der Fahne hatten und sich für deren Erreichen eingesetzt haben. Am Ende war es wichtig, Wesentliches aus dieser Arbeit aufnehmen zu können.

Ich sage ganz herzlichen Dank auch den Damen und Herren der Staatsregierung und in den einzelnen Ressorts, die uns unterstützt und entsprechende Hilfe geleistet haben. Besonders gilt an dieser Stelle dem Finanzminister und seinem Staatssekretär sowie seinem Team Anerkennung, der den Entwurf federführend eingebracht hat. Es war eine Riesenherausforderung. Das sollte man sich einmal bewusst machen. Vor Weihnachten bräuchte man eigentlich nichts Neues an Themen und Aufgaben, aber wenn man im letzten Quartal unmittelbar vor der Weihnachtszeit dieses ehrgeizige Projekt Haushalt auf die Tagesordnung setzt, kommen schon etliche Dinge zusammen, die uns alle stark fordern.

Nicht vergessen möchte ich, meinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Landtag, beginnend von den Offizianten bis hin zu den Mitarbeitern des Ausschussbüros, abzustatten. Letztere mussten vieles leisten, um die Sitzungen vorzubereiten.

(Allgemeiner Beifall)

Die zweitägige Debatte hat gezeigt, dass wir einen guten Haushalt 2013/2014 für Bayern − nicht für uns! − aufgestellt haben. Darauf kommt es an. Dies wurde in der Debatte deutlich.

Ich möchte jetzt ein paar Kernpunkte ansprechen. Vorrangig zählt immer das, was stattfindet. Dazu gehört der Breitbandausbau. Er findet statt und macht sichtbare Fortschritte. Auch der Einsatz für unsere Kinder findet statt und auch er macht Fortschritte.

Sie alle werden das in den letzten Wochen und Monaten erlebt haben, wenn Sie bei Terminen zur Einweihung neuer Kinderkrippen oder bei der Modernisierung eines Kindergartens dabei waren. Das hat sich bayernweit von jedem nachvollziehen lassen. Das ist einfach beispielhaft und großartig.

Einen weiteren Punkt, der sehr schwierig war, haben wir ebenfalls neu geregelt. Der Kollege Karsten Klein hat mit gutem Ergebnis dafür gekämpft. Ich meine die Pensionsvorsorge. Dazu möchte ich kurz etwas sagen, auch wenn die Zeit knapp ist. Denn dabei ist eine große Irritation entstanden.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die ganz wesentliche Vorsorge für die verbeamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst kommt aus unserem Staatshaushalt. Das ist vergleichbar mit den Arbeitnehmern, deren Sozialversicherungsbeiträge, die während der Woche eingenommen wurden, auch dafür stehen, dass man die Rente am Freitag auszahlen kann. Da ist nun der Eindruck entstanden, dass durch die Veränderung der Fonds etwas Negatives geschieht und dass durch die großen stattfindenden Veränderungen plötzlich etwas infrage gestellt würde.

Nun muss man einfach die Relationen kennen. Die Dämpfungswirkung, um es auf den Punkt zu bringen, sollte nach dem alten Modell für die Jahre 2025 bis 2030 eine Größenordnung zwischen 3,2 % und 5 % haben.Die Dämpfungswirkung nach dem neuen Modell wird in der Endphase 2025 bis 2030 sogar noch stärker sein, nämlich dergestalt, dass wir bei knapp 4 % bis 6,5 % liegen werden. Wir wollen hier nichts durcheinanderbringen. Beide Modelle, ob alt oder neu, haben nur die Aufgabe, diese Spitze zu kappen. Für den großen Kern bleibt die Frage: Wie gut geht es unserem Land? Davon hängt die Altersversorgung ab. Sie hängt davon ab, wie wir aufgestellt sind. Deshalb müssen wir gute Haushalte vorlegen und für die Konjunktur kämpfen. Es hängt auch von unserer Steuerpolitik, gerade für den Mittelstand, ab. Wie gehen wir mit der kalten Progression um? Was müssen wir tun, damit die Lokomotive unter

Dampf bleibt? So können wir die Zukunft gestalten, Sicherheit geben und Arbeitsplätze sichern. Darum geht es, und nicht um die Frage, wie wir Fonds zusammenführen, verändern oder modellieren.

Unser Modell stellt darauf ab. Wir wollen den Vorschlag des Ministerpräsidenten umsetzen und bis zum Jahr 2030 schuldenfrei sein. Von 32 Milliarden Euro kann bei einem Zinssatz von 3 % eine echte Milliarde eingespart werden. Diese Zinsmilliarde, die wir einsparen, ist unsere Pensionsmilliarde. Damit haben wir langfristig mehr für die Versorgungssicherheit getan, als das alle Fonds könnten. Diesen Weg haben wir eingeschlagen. Er ist bei den Betroffenen, bei den Verbänden und beim Beamtenbund sehr schnell verstanden worden. Deswegen kam von dort auch das Okay. Das ist gut. Das akzeptieren wir. Hier kommt Positives auf den Weg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Soviel zu diesem Thema. In manchen Runden wurde das Thema so dargestellt, dass die Leute verängstigt nach Hause gingen. Deshalb wollte ich dazu etwas sagen.

Zu den wirtschaftspolitischen Zahlen möchte ich Folgendes feststellen: Der Haushalt besteht aus unendlich vielen Zahlen. Aus meiner Sicht war aber die erfreulichste Zahl, dass wir in Bayern 4,91 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse haben. Das ist ein absoluter Rekordhöchststand. Diese Zahl ist allein in den zurückliegenden sieben Jahren um 600.000 Menschen gewachsen. 600.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger haben einen sicheren Job und sind damit sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das war uns immer ein Anliegen.

Wenn wir von der Wirtschaft reden, geht es zunächst um die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer. Sie sind die Betroffenen, die die Leistungen erbringen müssen. Deshalb ist das die beste Zahl. Wir erkennen an, dass wir in diesem Lande sehr viel für die Bildung tun müssen, für die Vorbereitung der Kinder auf den Berufsweg. Diese jungen Menschen brauchen aber, wenn sie im Berufsleben angekommen sind, Jobs. Dazu gehört die Bereitschaft, Investitionen zu unterstützen. Was erleben wir aber

draußen vor Ort bei den Bürgerentscheiden, ob in Landshut oder in Starnberg? Unabhängig davon, ob dort ein Aufzug, eine Straße oder ein Platz für ein Hochregal benötigt wird; vielfach geht die jeweilige Abstimmung mit einem Nein aus.

Wir müssen erkennen: Die Aufträge von morgen sind die Chance für Beschäftigung, sind die Chance dafür, dass Sozialversicherungsbeiträge bezahlt werden. Aktuell werden so viele Sozialversicherungsbeiträge wie nie zuvor bezahlt. Deshalb sind unsere Sozialkassen gefüllt und unsere Renten sicher. Wir müssen deshalb noch besser vermitteln, was mit Investitionen verbunden ist.

Ich nenne zunächst die Innovation. Bei der Bahn besteht ein riesiger Nachholbedarf beim Ausbau des Schienenwegenetzes. Wir hatten die Chance, dass unsere Bürger hier ihr Geld sicher einbringen und damit für Beschäftigung sorgen können. Deshalb sind diese 4,91 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die beste Zahl, die wir gehört haben. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In den letzten Tagen war für mich die kleine Replik im Plenum interessant, bei der es hieß, die CSU vergesse die kleinen Leute; sie kümmere sich nur um große Maßnahmen und Großprojekte sowie um die "Großkopferten". Der Kollege, der dies sagte, ist gerade nicht anwesend. Mir gefällt dieses Wort nicht. Dieser Kollege hat das Bild gemalt, dass die CSU als Volkspartei die breite Masse der Bevölkerung übersehe und sie somit zwangsweise anderen Parteien zuschiebe. Das tun wir nicht.

Ich möchte dazu aus unserer Sicht sagen: Diese CSU ist anders. Sie ist bürgernah. Ich nenne nur ein Beispiel: Unser Ministerpräsident besucht alle Landkreise in Bayern. Die Reaktionen in der Bevölkerung darauf sind querbeet, wie mir berichtet wurde, sehr positiv, unabhängig von der politischen Einstellung der Bürger. Die Abgeordneten der CSU sind im Lande unterwegs, kümmern sich um ihre Stimmkreise und sind präsent. Sie beweisen Bürgernähe. Der Kollege, den ich meinte, ist gerade nicht da. Deshalb

können wir ihn nicht stärker einbinden. Wahrscheinlich käme von ihm sofort ein Zwischenruf, dann wäre das, was ich meinte, verständlicher.

Uns ist wichtig, dass wir die Regionen − Stadt und Land − nicht gegeneinander ausspielen, sondern sehr wohl erkennen, dass dieses Miteinander und diese Ergänzung von Ballungsräumen und ländlichen Regionen Bayern stark macht. Wir müssen versuchen, unterschiedliche Antworten auf die unterschiedlichen Anforderungen zu geben. Für den ländlichen Raum ist es wichtig, dass wir sagen können, dass es für den öffentlichen Personennahverkehr mehr Mittel gibt. Die Zugangebote, die Versorgung mit Bussen, Radwegen und überhaupt das Verkehrsnetz sind dort besser geworden. Wir tun hier viel für den Ausbau. Ich nenne auch unsere Programme zur Dorferneuerung und zur Städtebauförderung, die für die Kommunen gute Instrumente sind, um ihre Aufgaben anzupacken.

Der Finanzminister hat heute Vormittag gesagt, dies sei der größte kommunale Finanzausgleich, den es in Bayern je gegeben hat. Herr Kollege Halbleib, man muss hier richtig rechnen. Das ist nur eine Frage des Addierens. Sie nennen einen Steuerverbund. Wenn Sie nur bis vier zählen, also den Daumen weglassen: Mit allen vier Verbünden in Bayern haben wir Baden-Württemberg längst hinter uns gelassen. Deshalb war die Darstellung heute Vormittag nicht richtig. Frau Kollegin Görlitz wird noch einmal perfekt darlegen, dass wir in Bayern bereits bei 26 % liegen.

Meine verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU hätte diese Erfolgsgeschichte, die sie am Ende dieser Wahlperiode vorzeigen kann, nicht schreiben können, wenn sie notwendige Veränderungen nicht rechtzeitig gesehen, aufgenommen und darauf reagiert hätte. Herr Rinderspacher hat davon gesprochen, dass wir sehr viel veränderten und uns anpassen, manchmal neu aufstellen, und er hat dies mit Drehungen und Sonstigem in Verbindung gebracht. Wenn wir auf die Veränderungen nicht reagiert hätten, wären wir schon längst im Museum gelandet.

Was sind die neuen Herausforderungen? Die Ballungsregionen wachsen. Wer sich in München bewegt, erkennt sehr schnell, dass die Zahl der Menschen, die in die U-Bahnen, die S-Bahnen und die Busse drängen, immer weiter steigt. Das Netz wird immer stärker gefordert. Deswegen brauchen wir hier eine Entlastung. Wer sich die Zahlen des Statistischen Landesamts ansieht, die vor 14 Tagen auf Seite 1 der Zeitungen standen, sieht, wo die Zuwächse liegen. Ob wir diese Entwicklung richtig finden oder sie ablehnen, spielt keine Rolle. Wir müssen uns rechtzeitig darauf einstellen; denn eine neue S-Bahn oder eine neue U-Bahn wird nicht an einem Tag gebaut. Das braucht ein bisschen Zeit.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahre 1972 wurde in München dieses tolle Verkehrssystem im Hinblick auf die Olympischen Spiele eröffnet. Jetzt müssen wir den Veränderungen Rechnung tragen. Die Landeshauptstadt München hat dazu gesagt: Was ist denn da Besonderes dran? Meine Damen und Herren von der SPD, was ist Besonderes daran, wenn der Staat eine staatliche Aufgabe löst? Das Besondere ist, dass es sich dabei nur in Bayern um eine staatliche Aufgabe handelt. In Hessen müssen die Frankfurter für ein solches System selbst zahlen. In Baden-Württemberg müssen die Stuttgarter und die umliegende Region selbst bezahlen, weil sie der Träger sind.

Wir hätten mit den 1,5 Milliarden Euro, den förderfähigen Kosten für die zweite Stammstrecke, kein Problem, wenn der Bund davon 60 % und wir 40 % bezahlen würden. Wir müssten dann 600 Millionen Euro aufwenden und der Bund 900 Millionen Euro. Notfalls könnten wir dem Bund die Summe zum Teil vorfinanzieren. Der Träger, also die Stadt und das Umland von München, müssten dann aber die Summe, die über diese 1,5 Milliarden Euro hinaus aufzuwenden ist, selbst bezahlen. Die Gesamtsumme könnte 2 Milliarden Euro betragen, sie könnte aber auch bei 2,5 Milliarden Euro liegen. Diese Differenz müsste die Stadt drauflegen. Diese halbe Milliarde wäre ein wesentlich größeres Volumen als die 147 Millionen Euro, die sie jetzt aufwendet.Deswegen ist das, was München bringt, weniger als 10 % vom Ganzen. Das ist

hundertmal komfortabler als das, was in anderen Ländern dafür aufgebracht werden muss. Soviel zum Thema CSU und Ballungsraum bzw. Großstadt und dazu, worüber wir uns Sorgen machen und wessen wir uns annehmen.

Ich kann es ganz kurz machen. 3,5 Milliarden umfassen die Leistungen, die an die Landeshauptstadt gehen, egal, ob es Theater, Museen, wissenschaftliche Sammlungen oder Universitäten sind. Der Kuchen von 3,5 Milliarden ohne Stammstrecke und sonstige Leistungen ist in einem Diagramm aufgeteilt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Uns verweigert der Finanzminister diese Auskunft! Wir haben eine parlamentarische Anfrage gestellt, er hat uns die Antwort verweigert!)

Dann kann man es nur nachholen, wenn es so ist. Danke, Herr Kollege Halbleib, dass Sie das noch einmal ansprechen. Damit unterstreichen Sie das, was hier Großartiges getan wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber warum verweigert er dann die Auskunft?)

Der Herr Staatsminister kommt heute noch zu Wort.

Wichtig ist aber auch Folgendes, wenn Sie schon den Dialog aufnehmen, Herr Kollege Halbleib: Ich habe die Stammstrecke angesprochen. Beim ÖPNV heißt es, die Stadt betreibt die U-Bahnen, und das klappt toll. Warum klappt es so toll, liebe Kolleginnen und Kollegen? Weil wir 90 % bei den U-Bahnen bezahlen. Ähnliches gilt für die S-Bahnen. Da sind wir als Träger voll verantwortlich.

Schauen wir uns ein weiteres Beispiel an. Es heißt, Ude hat eine gute Sparkasse, was macht ihr aber mit der BayernLB? Dazu kann ich nur sagen, es wird zu Recht gesagt, wie enorm die Anstrengungen des Freistaates waren. Warum fallen so viel Zinsen an? Warum mussten wir so viel Kapital aufnehmen? Herr Kollege Halbleib, wir haben schon ab und zu darüber gesprochen. Wenn wir nur den schwachen Sparkassen geholfen und den gesunden, wie zum Beispiel der Münchner Sparkasse, gesagt hätten, ihr könnt euch selber helfen, dann hätten wir uns von fünf Milliarden 15 % gespart.

Das ist eine Dreiviertelmilliarde. Das wäre eine tolle Sache gewesen. Die hätten dieses Geld gar nicht gebraucht. Sie haben es aber trotzdem bekommen. Da sie es gar nicht gebraucht haben, sagten sie auch gar nicht danke dafür. Wir hätten die 750 Millionen nehmen können und dann wäre die ganze Stammstrecke von vorne bis hinten mit Fresh Money finanziert gewesen. So einfach ist es.

(Beifall bei der CSU)

Eine Sparkasse, die gesund ist, die zu ihrer Verantwortung selber stehen könnte, bekommt eine Dreiviertelmilliarde. Das sind wir, die CSU, die FDP und die Staatsregierung. Dazu kann man nur sagen, das ist Menschenfreundlichkeit pur. Mehr kann man nicht mehr machen.

(Beifall bei der CSU)

Ich würde es gar nicht ansprechen, wenn Sie nicht immer wieder sagen würden, dass wir wegen der Bank so viele Schulden gemacht haben. Sie wissen jetzt, warum wir so viel Kredit aufgenommen haben. Nach meinem Vorschlag hätte auch weniger gereicht, dann wären wir noch ein bisschen besser weggekommen.

Jetzt ist auf die Großkopferten hingewiesen und gefragt worden, ob wir für die kleinen Leute auch noch etwas übrig haben. Frau Präsidentin kennt diese Fragen. Die ganz kleinen Leute sind uns sehr wichtig, nicht nur weil wir wissen, dass in der Demokratie jeder eine Stimme hat, sondern weil wir aus den Regionen kommen, wo es die kleinen Schulen und die kleinen Krankenhäuser gibt, wo die Landkindergartenregelung gilt. Gestern oder vor zwei Tagen stand hier einer am Pult und hat gesagt, wir brauchen kleine Schulen, dafür müssen wir mehr tun. Schauen wir uns einmal an, wie kleine Schulen in Bayern aussehen. Da gibt es jahrgangskombinierte Klassen, das sind zwei Jahrgänge mit jeweils 13 Kindern. Wenn man das mal zwei nimmt, haben wir 26 Kinder und vier Jahrgänge.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): 200 Standorte habt ihr geschlossen!)

26 Kinder reichen bereits aus, um eine selbstständige Grundschule zu haben.

(Maria Noichl (SPD): Mit 26 Kindern?)

- 26 Kinder sind die Mindestvoraussetzung für eine selbstständige Grundschule. Das ist der Status quo in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Hier wurde aber vor zwei Tagen gesagt, wir brauchen kleinere Schulen. Wer will hier etwas ändern? Ein anderes Beispiel ist die Landkindergartenregelung, nach der auch bei neun bis 13 Kindern eine Förderung gewährt wird. Ein anderes Beispiel ist die Schülerbeförderung, die zu 60 % finanziert wird. Da glaube ich, dass wir uns den Herausforderungen schon längst gestellt haben. Das, was manche fordern, ist von uns schon längst umgesetzt.

Oder nehmen wir die Krankenhäuser. Natürlich will der Patient im ländlichen Raum auch die beste Medizin. Natürlich wissen wir alle, dass die Aufrechterhaltung eines Betriebs an sieben Tagen rund um die Uhr höchste finanzielle Anstrengungen erfordert. Trotzdem gibt es in unseren Landkreisen diese modernen Krankenhäuser. Wir haben pro Landkreis nicht nur ein Krankenhaus. Wer durch die Regionen fährt, weiß, dass es immer noch zwei oder drei Krankenhäuser pro Landkreis gibt, die gut aufgestellt sind. Herr Kollege Pointner, ich könnte sie Ihnen für meinen Regierungsbezirk, den ich auswendig im Kopf habe, aufzählen. Gott sei Dank funktionieren diese Krankenhäuser. Die brauchen wir auch, damit die jungen Ärztinnen und Ärzte sich künftig auf dem Land niederlassen, weil sie diesen Hintergrund benötigen. Soviel zum Thema ländlicher Raum, soviel zum Thema klein und groß.

Wenn wir schon von klein reden, die Fraktionsinitiativen der letzten beiden Monate im Haushaltsausschuss waren uns ganz wichtig. Sie haben es mitverfolgt. Manche haben spöttische Bemerkungen dazu gemacht. Vom Spielen war die Rede. Es ging nicht ums Spielen, sondern es ging darum, dass wir einen Haushalt feinjustieren können,

dass wir Themen aufgreifen können, die uns wichtig sind. Ich nenne nur stichwortartig die innere Sicherheit, die Polizei, die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 50 Millionen für die Städtebau- und die Wohnbauförderung − der Kollege Rotter hat es mitverfolgt -, die Justiz mit den kleinen Baumaßnahmen, für die wir mehr tun, die Bildung, die Jugendarbeit oder die kirchlichen Gebäude.

Ein Beispiel war uns in der CSU-Fraktion besonders wichtig. Da ist die Mannschaft hundertprozentig dahinter gestanden. Bei den Schulsekretärinnen, den Verwaltungskräften an den Schulen haben wir eine kräftige und deutliche Erhöhung vorgenommen. 150 Stellen waren es an der Zahl.

(Beifall bei der CSU)

Das war das größte, was gefordert wurde. Da haben wir keinen Abstrich gemacht. Dieses Anliegen haben wir zu hundert Prozent erfüllt. Das Ergebnis ist 150, und darauf sind wir stolz. Daran sieht man auch, dass mit Summen im einstelligen Millionenbereich Vieles und Gutes bewegt werden kann. Bei der Wirtschaft, der Landwirtschaft, bei den Forschungsprojekten oder bei den Bildungsangeboten wurden Ergänzungen vorgenommen. Bei der Dorferneuerung und im Sozialbereich wurden Verbesserungen vorgenommen. Ganz wichtig ist der Landesbehindertenplan, das Taubblindengeld, das wir vorgeschrieben haben, die Asylsozialberatung und die Familienpflege.

(Beifall der Abgeordneten Barbara Stamm (CSU))

Alles das waren wichtige Punkte, die sich jetzt im Haushalt wiederfinden. Ich komme zur Umweltpolitik, Herr Staatsminister Huber und Frau Staatssekretärin Huml. Schon im Nachtragshaushalt haben wir bei der Windkraft für die Bürgeranlagen ein zusätzliches Programm aufgelegt. Wir haben jetzt im neuen Doppelhaushalt Mittel für den Ausbau und die Verbesserung der medizinischen Infrastruktur vorgesehen, damit wir in den Kurorten und den Heilbädern eine modernste Ausstattung anbieten können. Auch das sind Maßnahmen, die sich sehen lassen.

Wissenschaft, Kunst und Kultur sind ein riesiger Erfolg, wie heute von Frau Sandt und Herrn Jörg berichtet wurde. Neben den Leuchttürmen haben wir ein breites Programm mit 26 Millionen Euro gestaltet, mit dem viel erreicht wird. Das hat man uns gar nicht zugetraut. Ich kann nur sagen: Auch hier haben wir Vieles geschafft.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wenn ich es zusammenfasse, kann ich feststellen, wir haben sicherlich Glück gehabt. Wir können aber auch stolz auf die Menschen sein, die diese großartigen Leistungen erbringen. Gelegentlich sind wir auch mit unserer Opposition zufrieden.

(Alexander König (CSU): Sehr zufrieden! Eine bessere können wir uns nicht wünschen!)

Das will ich gar nicht weglassen, weil die Zusammenarbeit gelegentlich sachlich und konstruktiv war. Was mehr und was weniger war, kann man quantifizieren.

Der Ausgangspunkt ist 2009. Damals hatten wir ein Minus von 5 % und eine Rezession. Wir hatten die Landesbank, und die Wirtschaftsweisen haben uns für fünf Jahre ein Tal der Tränen vorausgesagt. Das war keine Ermutigung. Trotzdem haben wir in der Zeit, in der die Vorzeichen schwierig und kritisch waren, eine Dienstrechtsreform auf den Weg gebracht. Als Stichworte nenne ich nur Stellenhebungen, Stellenverbesserungen oder die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. Natürlich haben wir in den letzten Jahren über begrenzte Zeiträume hinweg auch sparen müssen, sonst hätten wir dieses Ziel nicht erreicht. Als Stichworte nenne ich nur die Wiederbesetzungssperre oder die befristete Absenkung der Eingangsbesoldungen. Gott sei Dank läuft das jetzt wieder aus. Wie hätten wir es bei der Ausgangslage 2009 anders machen sollen? Wer kann sich noch daran erinnern? Auch die Medien haben bezweifelt, dass wir, nachdem wir 2009 in die Rücklage gegriffen haben, den Haushalt 2010 noch ausgleichen können.

Im September des Jahres 2010 lautete die Kernfrage: Können wir die vier Milliarden Eurolücke überhaupt schließen? Die Damen und Herren vom Finanzministerium wissen das, weil sie alles miterlebt haben. Da fehlten vier bis sechs Milliarden Euro, um den Haushalt 2011/2012 auszugleichen. Die Antwort lautete: Das kann gar nicht funktionieren. So viel könnt ihr gar nicht einsparen. Am Ziel des ausgeglichenen Haushalts kann nicht festgehalten werden. Das war im September 2010. Wir haben jedoch entschieden, dass wir dranbleiben und dass in den Jahren 2011 und 2012 keine neuen Schulden gemacht werden. Siehe da, im Jahre 2011 ist es gelungen, den Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen. Trotzdem war es möglich, 48.000 zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Trotzdem war es möglich, von der Halbtagsschule in die Ganztagsschule einzusteigen. Trotzdem war es möglich, für die Kindergärten laufend 1,2 Milliarden Euro und für den Krippenausbau mehr als eine Milliarde Euro auszugeben. Wir können zusagen, jeden neuen, weiteren Antrag zu finanzieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist der Punkt. Von der Rezession und der Landesbank war es ein riesiger Spannungsbogen zu Mehrleistungen und einer Vielzahl von Verbesserungen, die viele Bürger erreichen. Die Messlatte, keine neuen Schulden aufzunehmen, haben wir weiterverfolgt.

Im Januar 2012 hat der Ministerpräsident während der Klausur in Kreuth den Vorschlag unterbreitet, neben dem einen Bein, keine neuen Schulden zu machen, auch das zweite Bein, die Schulden zu tilgen, anzugehen. Herr Finanzminister, Sie haben das heute Vormittag bereits angesprochen. Respekt und Anerkennung, dass bereits eine Milliarde Euro an Schulden getilgt worden sind. Das ist schon geschehen. Im Doppelhaushalt steht eine weitere Milliarde. Das ist ganz großartig.

Meine Damen und Herren, was tun die anderen? Ich will Sie nicht überfordern oder langweilen. Ich lasse einmal das Nachbarland weg. Wir schauen mal nach Berlin. Berlin wird nächstes Jahr eine halbe Milliarde Euro Schulden machen. Die Hamburger

werden sich mit einer Milliarde Euro verschulden. Die Rheinland-Pfälzer überschreiten eine Milliarde Euro. Ich nehme nur das nächste Jahr. NRW schafft es auf 4,7 Milliarden Euro Schulden. In 2013 und 2014 kommt NRW auf 7,3 Milliarden Euro Schulden. Das sind die feinen Unterschiede. Wer gibt eine Garantie für das Jahr 2030? Was ist aktuell der Fall? − Wir bauen Schulden ab, die anderen bauen auf.

Das Thema Bank, auf das ich noch einmal eingehen möchte, hat uns sicherlich viel Stress bereitet. Das Beihilfeverfahren ist abgeschlossen. Herr Staatsminister, auch das gehört zur Bilanz des Jahres 2012. Die Termine waren nicht nur locker, sondern fordernd. Das Thema GBW läuft. Die LBS ist veräußert. Das BayernLabo-Kapital ist gehärtet. Die Rückzahlung hat begonnen. Gott sei Dank hat die Bank in den ersten drei Quartalen keine Scheinerfolge verzeichnet, sondern im eigenen Lande solide verdient. Die Bank macht wieder ein Plus mit ihrem ganz normalen Geschäft. Das ist okay so, weil es solide ist. Wir haben die Sparkasse München angesprochen. Das müssen wir mitschultern. Deswegen kann man sagen: Trotz MKP, trotz Ungarn und all dieser Widrigkeiten gibt es positive Nachrichten im größten und schwierigsten Betrieb unseres Freistaates.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss sage ich noch einmal Danke. Wir wollen heute das berühmte Wort des französischen Königs zitieren. Mir ist bewusst geworden, warum beim Wort "Etat" der ganze Staat im Spiel ist. Es geht wirklich um den Staat und seine Konstitution. Es geht um die Konstitution unseres Bayernlandes. Der Haushalt für die Jahre 2013/2014 zeigt, dass unser Land sehr leistungsfähig ist. Dieser Haushalt legt verbindlich fest, mit welcher finanziellen Unterstützung unsere staatlichen Einrichtungen, unsere Kommunen, die Verbände, die Beschäftigten und die Bürgerinnen und Bürger, ob es sich um Wohngeld, Schulgeldersatz oder Landeserziehungsgeld handelt, in den nächsten Jahren rechnen können.

Immer wieder war vom Wahljahr-Haushalt und Wahlgeschenken die Rede. Wir leben in einer Demokratie und freuen uns, dass immer wieder Wahlen stattfinden. Das ist ein starkes Bürgerrecht, ohne das Demokratie nicht funktionieren kann. Der Haushalt er-

streckt sich, obwohl der Eindruck entstehen könnte, nicht nur bis zum Wahltag, sondern weit darüber hinaus. Er erfasst das gesamte Jahr 2014. Damit gibt er unseren Bürgerinnen und Bürgern und allen Betroffenen eine feste und zuverlässige Perspektive.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Der Herr Finanzminister hat noch eins obendrauf gesetzt. Er hat nicht nur für eine verlässliche Perspektive über die Wahl hinaus gesorgt, sondern in seinen Finanzplan auch geschrieben, dass im Finanzplan 2015/2016 eine weitere Milliarde getilgt werden soll. Das ist die Botschaft zu Weihnachten. Deshalb an dieser Stelle: Danke, gesegnete Weihnacht und ein gutes neues Jahr.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die SPD-Fraktion steht bereits Herr Kollege Dr. Wengert bereit. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Dr. Paul Wengert (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Georg Winter, es wird zu keinem innerschwäbischen Schlagabtausch kommen. Dafür hast du dich zu sehr auf Allgemeinplätze beschränkt. Im Zuge der Aufzählung der Wohltaten in den einzelnen Bereichen hast du leider verschwiegen, dass das, was jetzt aus dem Füllhorn geschüttet wird, in den letzten Jahren kräftig eingedampft und gekürzt worden ist. Die Menschen draußen können rechnen. Das werden sie sicherlich nachvollziehen können. Ich will kurz auf zwei Punkte eingehen.

In Bezug auf die zweite S-Bahn-Stammstrecke sind wir uns in diesem Hohen Hause weitgehend einig. Das soll an dieser Stelle auch einmal gesagt werden. Ich möchte meine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, warum immer wieder beschworen wird, die Stadt München greife nicht in die eigene Tasche. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie ich als Oberbürgermeister für die sogenannten dritten Gleise, den

S-Bahn-ähnlichen Verkehr in Augsburg gekämpft habe. Ich bin mit einer Rigidität, die beispielhaft ist, vom bayerischen Wirtschaftsministerium darauf hingewiesen worden, dass dies ausschließlich Sache des Bundes und der Bahn sei. Der Freistaat habe nichts damit zu tun, und schon gar nicht die Stadt Augsburg.

Was die Investitionen in die Landeshauptstadt München betrifft - - Jetzt habe ich einen freudschen Versprecher gemacht, bitte schön, was denn sonst? Welcher Staat würde nicht in seine eigenen staatlichen Einrichtungen, die er in der Landeshauptstadt, der Spitze seines Landes, nun einmal betreibt, investieren? Sollen die Münchnerinnen und Münchner sich auf Knien bei der Staatskanzlei dafür bedanken, dass der Freistaat Bayern so viel Geld in München ausgibt? Wo soll er es denn sonst ausgeben, wenn die Spitzeneinrichtungen üblicherweise in der Landeshauptstadt angesiedelt sind?

Es ist schon beeindruckend, wie Sie Ihren Haushalt der Öffentlichkeit verkaufen. Das erinnert mich an den Satz eines früheren Beichtvaters: Lügen darf man selbstverständlich nicht; aber man muss nicht immer die ganze Wahrheit sagen.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Wahr ist, dass Sie Schulden tilgen. Das ist löblich. Das sind 1,06 Milliarden Euro in den beiden Haushaltsjahren. Wahr ist aber auch, dass für den neuen Doppelhaushalt insgesamt 1,16 Milliarden Euro aus Rücklagen, Fonds und Stöcken entnommen werden müssen. Die Schuldentilgung erfolgt somit nicht aus laufenden Mitteln, sondern vom Sparkonto. Darüber hinaus werden Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds abgeschafft sowie der bayerische Pensionsfond eingeführt. Man hat versucht, uns diesen mit schillernden Worten als positiv zu verkaufen. In Wirklichkeit ist das so, als wenn man zwei große Festgeldkonten mit Zuwachssparen abschaffen und durch ein kleines Sparschwein ersetzen würde, das man zu jeder Zeit und bei Bedarf mit dem Hammer zertrümmern kann. Bis zum Ende des Jahres 2014 beträgt die Minderzuführung gegenüber der alten Rechtslage vorsichtig gerechnet rund 1,3 Milliarden Euro, 2010 85 Millionen Euro, 2011 258 Millionen Euro und 2012 303 Millionen Euro. Der

Amtschef des Ministeriums hat uns im Haushaltsausschuss gesagt, in den kommenden Haushaltsjahren würden es zwischen 300 und 400 Millionen pro Jahr sein. Das ergibt 1,346 Milliarden Euro.Unser Änderungsantrag, bei der guten und nachhaltigen bisherigen Regelung zu bleiben, wurde von Ihnen abgelehnt. Sie verschieben das Problem damit in die Zukunft. Uns geht es nicht darum, wie das Konstrukt heißt, sondern uns geht es darum, dass die Pensionen und die Versorgung unserer Beamtinnen und Beamten nachhaltig gesichert sind und nicht zur Disposition des Haushalts gestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Besonders ärgerlich ist, und das lässt den Glanz der Schuldentilgung weiter verblassen, dass die Kommunen an der Schuldentilgung nicht beteiligt werden, obwohl sie staatsorganisatorisch Teil des Freistaats sind. Dabei ist ihr Anteil an der Gesamtverschuldung von Staat und Kommunen − ich weiß, Sie hören das nicht gern, aber umso öfter müssen wir das sagen − mit fast 29 % mit am höchsten im deutschen Ländervergleich.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre nur recht und billig, auch kommunale Schulden in eben dieser Höhe zu tilgen. Weil wir das für richtig halten, haben wir die Ausweisung eines kommunalen Entschuldungsfonds gefordert, den Sie leider abgelehnt haben.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Lassen Sie mich zu einem Vergleich kommen. Weil Sie so gerne Vergleiche bemühen, bevorzugt mit rot-grün- oder grün-rot-regierten Ländern, tue ich das an dieser Stelle auch; denn der von Ihnen immer wieder bemühte Vergleich mit Baden-Württemberg lässt Bayern gar nicht so gut aussehen, wie Sie das immer glauben machen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

Die Fakten sprechen jedenfalls eine andere Sprache. Als gebürtiger Württemberger, also als Bayer mit Migrationshintergrund, sage ich das sehr gerne - Frau Kollegin Görlitz wird jetzt genau aufpassen müssen, weil ich auf ihre Jonglage schon sehr gespannt bin -: geplante Nettokreditaufnahme in Baden-Württemberg 2012 Null, 1,78 Milliarden in 2013, 1,49 Milliarden in 2014. In Baden-Württemberg ist das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs in diesem Jahr bereits um 1,2 Milliarden Euro höher als das des bayerischen. Im Jahr 2013 werden es wieder 1,2 Milliarden Euro mehr sein und 2014 sogar 1,4 Milliarden Euro, und das bei einem deutlich niedrigeren Volumen des kleineren Nachbarlandes Baden-Württemberg.

Damit aber nicht genug. Baden-Württemberg führt der Versorgungsrücklage und dem Versorgungsfonds 2012 insgesamt 396 Millionen Euro, 2013 475 Millionen, 2014 560 Millionen Euro zu. Die vergleichende Bilanz für die Jahre 2012 bis 2014 ergibt demnach ein Mehr von 3,8 Milliarden Euro beim kommunalen Finanzausgleich in Baden-Württemberg und 1,1 Milliarden Euro mehr für die Pensionsvorsorge als in Bayern, macht zusammen schlappe 4,9 Milliarden Euro. Baden-Württemberg könnte also auf die Nettokreditaufnahme von 3,3 Milliarden Euro in seinem Doppelhaushalt komplett verzichten und darüber hinaus noch 1,6 Milliarden Euro Schulden in den Jahren 2012 bis 2014 tilgen, wenn es dort eine ebenso niedrige Verbundquote gäbe wie in Bayern und die Pensionsvorsorge dort ebenso wie in Bayern eingedampft worden wäre. Hören Sie also bitte endlich damit auf, großkotzig mit dem Finger auf andere zu zeigen

(Beifall der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Christine Kamm (GRÜNE))

und mit dreisten Sprüchen, Herr Kollege Klein, die anderen mögen sich mehr anstrengen. Bayern hat keine Krisen von Werften und der Montanindustrie, des Bergbaus zu verkraften wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen. Ich möchte wissen, wie Sie das hätten bewältigen wollen. Die Regierungen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sind noch nicht so lange im Amt, als dass sie das Ruder hätten herumreißen kön-

nen. Wir könnten auch sagen: Sie müssen erst die Erblast der schwarz-gelben Vorgängerregierungen beseitigen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Besinnen Sie sich einmal in Ihrer christlichen Partei auf das achte Gebot: Du sollst kein falsches Zeugnis ablegen wider Deinen Nächsten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Lassen Sie mich auf unsere Beamtinnen und Beamten eingehen. Der von der Staatsregierung vorgelegte Entwurf des Doppelhaushalts ist im Hinblick auf die Beamten ein typischer Wahlkampfhaushalt. Daran ist nicht zu rütteln. Nach der Landtagswahl 2013 beschloss die CSU die 42-Stunden-Woche. Nach der Landtagswahl 2008 beschloss sie zusammen mit der FDP die Absenkung der Eingangsbesoldung, eine zwölfmonatige Wiederbesetzungssperre und das Aussetzen der Leistungsbezüge. Rechtzeitig zur kommenden Landtagswahl sollen diese massiven Einschnitte wieder zurückgenommen werden, um die Beamten zu besänftigen, deren Wohl Ihnen zehn Jahre nicht gerade eine Herzensangelegenheit war und auf deren Vergesslichkeit Sie jetzt setzen.

Alle entsprechenden Forderungen der Opposition haben Sie in der Vergangenheit abgelehnt. Jetzt, mit der Furcht im Nacken, in die Opposition geschickt zu werden, geht es plötzlich; ein Schuft, wer Schlimmes dabei denkt. Auch bei der 19-monatigen Verschiebung der Besoldungsanpassung um 1,5 % und bei der vollständigen Rückkehr zur 40-Stunden-Woche im August 2013 hoffen Sie offensichtlich auf die rasche Vergesslichkeit der Beschäftigten des Freistaats und ihrer Familien.

Ihre hoch gelobten Stellenmehrungen dienen in weiten Teilen nur dem Ausgleich des Personalmehrbedarfs aufgrund der Rückkehr zur 40-Stunden-Woche und dem Ausgleich der Abgänge in den Ruhestand.

Lassen Sie mich ein paar Worte zum bayerischen Kulturkonzept sagen: 50 Millionen Euro waren ursprünglich im Kulturkonzept vorgesehen. Wir wollten zusätzlich 80 Milli-

onen Euro, was Sie abgelehnt haben. Immerhin haben Sie in der Nachschubliste 26 Millionen Euro draufgelegt, obwohl ein Sanierungsstau in Höhe von 700 Millionen Euro besteht, weil seit Jahrzehnten Museen, Theater, Bibliotheken und Archive vernachlässigt wurden und die Kosten demzufolge ständig anwachsen.

Diese Summe von 700 Millionen Euro stellt nur die ermittelten und bezifferten Kosten dar. Es gibt darüber hinaus bayernweit zahllose Kultureinrichtungen, die sanierungsbedürftig sind. Insgesamt dürfte der Sanierungsbedarf mit Sicherheit die Milliarden-Euro-Grenze übersteigen.

Kommen Sie mir jetzt aufgrund dieser Ausführungen bloß nicht wieder mit Ihrem Mantra, wir würden Bayern schlechtreden. Nein, gerade weil es uns um Bayern und sein Wohl und Wehe geht, müssen wir die Finger in die Wunden legen, die Sie wie bei einem kleinen Kind wegzublasen versuchen.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Blick auf die auslaufenden Sonderprogramme ist sehr aufschlussreich. Da gab es einmal das "Klimaprogramm Bayern 2020" mit einem Gesamtvolumen von 350 Millionen Euro. Es ist ausgelaufen. Trotz der Energiewende, bei der nach den Worten von Minister Zeil Bayern Maßstäbe setzt, gibt es keine adäquate Fortsetzung. Ein Beispiel für Ihre Halbherzigkeit ist die energetische Sanierung staatlicher Gebäude, für die pro Jahr nur noch 20 Millionen Euro vorgesehen sind. Im Klimaprogramm war man einmal bei 45 Millionen Euro. Wir haben deshalb die Verdoppelung der Ansätze gefordert. Wir werden das heute noch einmal zur Abstimmung bringen, weil wir sonst bis zum Ende dieses Jahrhunderts warten müssen, bis die staatlichen Gebäude alle energetisch saniert sind.

Das Programm "Bayern 2020 plus" und das Nord- und Ostbayern-Programm laufen aus. Für die 510 Millionen Euro gibt es keinen adäquaten Ersatz.

Das Sonderprogramm zur schnelleren Abfinanzierung der staatlichen Förderung mit 75 Millionen Euro im Nachtragshaushalt 2012 zugunsten privater Schulen, Sportstätten, kirchlicher Gebäude, der Landwirtschaft, für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, zum Bau von Abwasseranlagen usw. wird trotz des nachweislich vorhandenen Bedarfs nicht weitergeführt.

Lassen Sie mich nun zum kommunalen Finanzausgleich kommen, der vom Volumen unbestreitbar den bisher größten Umfang einnimmt. In Baden-Württemberg − ich habe es schon ausgeführt − ist er vom Volumen her aber noch höher. Weil wir die Not der Kommunen mit Blick auf ihre Verschuldung sehen, haben wir einen kommunalen Schuldungstilgungsfonds vorgeschlagen, ausgestattet mit 99 Millionen und 95 Millionen Euro. Sie haben dem nicht folgen können. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden setzen wir uns dafür ein, dass die Verbundquote auf zumindest 15 % angehoben wird; denn eine höhere Verbundquote bedeutet mehr Schlüsselmasse, bedeutet mehr Schlüsselzuweisungen, bedeutet, dass die Kommunen, die jetzt schon Schlüsselzuweisungen bekommen, mehr Geld erhalten und insgesamt mehr Kommunen überhaupt Schlüsselzuweisungen bekommen. In einem Vergleich der alten Flächenländer ist Bayern mit einer Verbundquote von 12,5 % und im nächsten Jahr von 12,75 % Schlusslicht. Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen haben 23 %, Rheinland-Pfalz 21 %, das Saarland 20,55 %, Schleswig-Holstein 17,7 %, Niedersachen immerhin jetzt schon 15,5 %. Vielleicht wird es ja mit der Festschreibung einer angemessenen Finanzausstattung in der Bayerischen Verfassung besser.

Aller Enttäuschung darüber zum Trotz, dass wir uns in zu vielen Fällen nicht durchsetzen konnten, will ich aber auch erwähnen, dass wir das eine oder andere bewegt haben. Auf Anträge, die Sie reflexartig abgelehnt haben, folgte in den Nachschublisten doch noch ein Aufschlag, zum Beispiel bei der Städtebauförderung, bei der Wohnbauförderung, in der Bildungspolitik, für die Verwaltungsangestellten an Schulen, für die Rehabilitationen von Menschen mit Behinderungen, für die Betreuungsvereine, die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, für die Bamberger Symphoniker und letztlich

auch für das Kulturkonzept.Auch gestern und heute wieder − lassen Sie mich das zum Schluss ausführen − wurde mehrfach das Schwarz-Weiß-Bild an die Wand gemalt, die Opposition fordere nur, sorge sich aber nicht um die Deckung der Ausgaben. Ich weise diese Unterstellung jedenfalls für die sozialdemokratische Fraktion mit Nachdruck zurück. Wenn Sie das uns gegenüber behaupten, dann bedeutet das nicht mehr und nicht weniger, als dass Sie sich gar nicht die Mühe gemacht haben, die Vorschläge der SPD ernsthaft zu prüfen und zu saldieren. Wir haben uns ebenso um einen ausgeglichenen Vorschlag bemüht wie die Regierungsfraktionen und die Staatsregierung, allerdings haben wir andere Schwerpunkte gesetzt und werden das auch in künftiger Regierungsverantwortung tun.

Wir werden aber anders als die Fraktionen von CSU und FDP nicht Schulden ausblenden, die tatsächlich vorhanden sind und keine unlauteren Vergleiche anstellen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, das Beste für Bayern zu tun und nicht andere Länder zu bevormunden und zu belehren sowie Äpfel mit Birnen zu vergleichen und damit über die eigenen Schwächen hinwegzutäuschen. Auch das ist ein Stück Wahrheit und Klarheit, wie wir es von einem Haushalt erwarten. Da ihr Zahlenwerk diesen Prinzipien leider nicht entspricht, können wir ihm auch nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als nächstem Redner darf ich für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Mannfred Pointner das Wort geben.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, Sie haben heute Vormittag den Dank an alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie alle Arbeitgeber dafür ausgesprochen, dass sie dafür gesorgt haben, dass Bayern im letzten Jahr, in diesem Jahr und auch im nächsten Jahr die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten gehabt hat bzw. haben wird. Sie haben nicht vergessen, auch die Arbeit der Staatsregierung einzubeziehen. Sie haben aber Verantwortliche vergessen, die ganz wesentlich dazu beigetra-

gen haben, dass es den Bayern so gut geht. Das sind die Kommunen und die kommunalen Vertreter. Ich darf darauf hinweisen: Es gibt keine Gewerbeansiedlungen und keine Betriebsansiedlungen, wodurch Arbeitsplätze geschaffen und Steuern bezahlt werden, wenn nicht Verantwortliche auf kommunaler Ebene tätig würden, die für Erschließung, für die Bereitstellung der Grundstücke und deren Ausweisung sorgen und alles dafür tun, dass sich Unternehmen ansiedeln können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich weiß nicht, warum die Kommunen immer wieder vergessen werden. Das liegt vielleicht auch daran, dass neben CSU-Bürgermeistern, Landräten und Kreisräten auch − ich glaube das zumindest − FREIE WÄHLER, SPDler und ein paar GRÜNE in der Verantwortung stehen. Diese machen draußen die Arbeit.

(Karsten Klein (FDP): Auch FDP!)

- Auch die FDP, Entschuldigung. Das stimmt, das hätte ich beinahe vergessen.

Heute ist von den Vertretern der Regierungsfraktionen gesagt worden, Sie liebten alle Bayern. Ich muss sagen: Wir alle lieben Bayern und wir lieben damit auch euch, wenn ihr uns liebt. Wir haben in allen möglichen Funktionen − in den Gemeinden, in den Städten und ehrenamtlich − alles dafür getan, dass Bayern gut da steht. Ich möchte das klarstellen, weil es immer so herauskommt, als ob nur ein Teil der politisch Verantwortlichen das tut.

Wenn wir schon beim Dank sind: Ich darf mich beim Vorsitzenden des Ausschusses sowie bei den Kolleginnen und Kollegen und ebenso bei den Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Ressorts für den kollegialen Umgang bedanken. Ich kann mich leider nur für den kollegialen Umgang und den Versuch, alles gut hinzubekommen, bedanken. Ich kann mich nicht für den Ablauf des Verfahrens − gerade in den letzten Tagen − und auch nicht für das Ergebnis der Beratungen bedanken.

Für Außenstehende ist es kaum vorstellbar, wie in den letzten Tagen − der Vorsitzende wird es bestätigen − die Beratungen abgelaufen sind. Neben der ordentlichen Tagesordnung von weit über 100 Punkten haben wir noch zwei Nachtragstagesordnungen gehabt. Für jeden Einzelplan sind − bis auf eine Ausnahme − teilweise bis zu drei Nachschublisten gekommen. Dann kamen sozusagen als Sahnehäubchen die Tischvorlagen. Die Tischvorlagen kamen so kurzfristig oder gar nicht, dass ein Kollege einmal einen Antrag begründet hat, der noch gar nicht vorgelegen hat.

Dabei ist für uns keine gute Vorbereitung möglich gewesen. Wir haben die Anträge gar nicht mehr genau anschauen können, dann ist schon abgestimmt worden. Du kannst nichts dafür, das ist mir schon klar, das sind die Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion gewesen. Aber so geht das natürlich nicht, dass man das so kurzfristig auf den Tisch legt und erwartet, dass man sich vernünftig mit den Dingen auseinandersetzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es sind Anträge gewesen, die mit dem Titel 13 03 89305 gegenfinanziert worden sind. Das ist heute als Spielgeld oder als Feinjustierung bezeichnet worden. Ich habe aber den Eindruck gehabt, dass sich fast jeder Abgeordneter der Regierungsfraktionen austoben durfte. Das hat zu Anträgen geführt, die in jeder kleinen Gemeinde Bayerns von dem Bürgermeister allein hätten genehmigt werden können. Der Gipfel war ein Antrag über 5.000 Euro Zuschuss für ein Museum. Man muss sich vorstellen: Der Haushalt hat über 47 Milliarden Euro und 5.000 Euro Zuschuss für ein Museum. Im Wissenschafts- und Kulturhaushalt haben wir 6 Milliarden und man muss einen Antrag über 5.000 Euro stellen.

Ein weiteres Beispiel waren die 30.000 Euro, die der Herr Ministerpräsident für zusätzliche Ehrungen gebraucht hat. Er hat immerhin 2,3 Millionen Euro für repräsentative Verpflichtungen und 376.000 Euro für Orden. Warum er die Summe nicht aus diesem Titel hat entnehmen können, ist mir nicht klar. Wir haben nichts dagegen gehabt und

haben zugestimmt, weil man Ehrungen durchführen soll, wenn es Menschen verdienen. Ich weiß aber nicht, wie die Finanzierung abgelaufen ist. Da hat wohl wieder irgendjemand bestimmte Vorstellungen gehabt und es beantragt. Wenn wir als FREIE WÄHLER solche Kleinbeträge gefordert hätten, hätte es geheißen, wir kämen von den Gemeinden.

Wir sind aber nicht nur mit dem Verfahren unzufrieden gewesen, sondern auch mit dem Ergebnis der Abstimmungen. Grundsätzlich − das ist auch vorhin gesagt worden − wurden alle Anträge, die von den FREIEN WÄHLERN und Vertretern der anderen Oppositionsparteien gestellt worden sind, abgelehnt. Dann ist über die einzelnen Tischvorlagen der Regierungsfraktionen oder über die Nachschublisten der eine oder andere Antrag von uns bzw. von der SPD oder den GRÜNEN, sogar manchmal in unveränderter Form, wieder aufgetaucht. Ich darf, was unsere Anträge betrifft, zum Beispiel den Antrag in Bezug auf das Verwaltungspersonal an Schulen, die Schulsekretärinnen, nennen. Wir haben das beantragt und dieser Antrag hat euch in Bewegung gesetzt. Das betraf auch die Städtebauförderung und die einzelbetriebliche Förderung. Ebenso galt es für die Sanierung von Dienstgebäuden. Auch dabei ist eine verdächtige Million genehmigt worden. Dem haben wir auch zugestimmt, weil es nichts schadet. Dann haben Sie auch im Kulturbereich beispielsweise einer Erhöhung der Zuschüsse für nichtstaatliche Orchester zugestimmt. Sie lachen, weil Sie wissen, wie es läuft.

Sie sind es gewohnt, dass die Anträge abgelehnt werden, wir können dies aber auch als erfolgreiche Arbeit für uns, das heißt für die FREIEN WÄHLER und die anderen Oppositionsparteien, werten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich möchte noch kurz auf die immer wiederholten Vorwürfe − wahrscheinlich kommen sie auch heute wieder − aus dem Regierungslager eingehen, unsere Anträge hätten soundsoviele Stellen mehr bedeutet und hätten zu Mehrausgaben geführt, die nicht

mehr finanzierbar wären. Hinsichtlich der Stellen möchte ich darauf hinweisen: Wir haben 300 Stellen für Verwaltungspersonal gefordert, Sie haben sie dann auch zeitversetzt gebracht. Wir haben noch 1.000 Stellen für Anwärter gefordert. Diese Anwärter werden nach ihrer Ausbildung zum Teil freiwerdende Stellen bei der Polizei, der Justiz oder den Finanzbehörden besetzen. Gerade bei den Finanzbehörden rechnen sich − wir haben schon sehr oft darüber diskutiert − diese Stellen. Bei Umsetzung der von uns gestellten Anträge wären natürlich Mehrausgaben für den Haushalt angefallen. Es handelt sich aber um Ausgaben, die ohnehin früher oder später notwendig gewesen wären. Als Erstes nenne ich die 600 Millionen Euro für einen Zeitraum von zwei Jahren für die Versorgungsrücklage und den Versorgungsfonds. Wenn man die Anlage betriebswirtschaftlich betrachtet oder wenn man die Doppik − lieber Herr Kollege Barfuß, wir sind beide Befürworter der Doppik − schon eingeführt hätte, müssten wir feststellen, dass die Einzahlungen in den Fonds einer Schuldentilgung gleichgesetzt werden müssen, weil sie bestimmte, mit Gewissheit anfallende Ausgaben für die Zukunft einsparen.

Mir ist klar, dass man damit nur die Spitzen abfedern kann und der Staatshaushalt den Hauptteil leisten muss. Das war aber von vornherein so angelegt. Kollege Winter hat noch erwähnt, dass man das mit den eingesparten Zinsen leisten kann. Das hängt aber − das brauche ich nicht zu wiederholen, das haben wir in der letzten Woche schon diskutiert − von einer Menge Unwägbarkeiten ab.

Wir haben weiter 350 Millionen für den Breitbandausbau beantragt, der bei Ihnen im Haushalt in Form einer Verpflichtungsermächtigung enthalten ist. Wir wollten das Geld gleich drin haben, damit die Mittel gezahlt werden können, wenn die Programme umgesetzt werden. Sie haben ein 500-Millionen-Programm angekündigt, und das ist ein Teil davon. Diese Ausgaben werden kommen, wenn Sie das umsetzen; das Programm steht ja schon.

Wir haben zweimal 170 oder 180 Millionen als Kompensation für den Wegfall der Studienbeiträge eingesetzt. Das ist etwas, was Sie, mit Ausnahme der FDP, auch wollen.

Der Ministerpräsident hat schon erklärt, dass das kommen wird, und Rücklagen sind bereits gebildet worden.

Dann haben wir noch Anträge für die schulische und frühkindliche Bildung gestellt. Diese Mittel sollen für bessere Bildungschancen unserer Kinder und Jugendlichen sorgen und die Chancen auf gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen in unserem Land steigen lassen, vor allem für benachteiligte Kinder und Jugendliche.

Auch unsere Anträge auf Mittel für den Bestandserhalt an Straßen und Gebäuden und für energetische Sanierung weisen in die Zukunft und entlasten nachfolgende Generationen. Wenn wir die Doppik einführen würden, würde das zu einer Entlastung führen, weil in der Doppik die Abschreibung für diese Anlagen enthalten sein müsste. Wenn wir das einführen würden, wäre das keine zusätzliche Belastung für die Zukunft.

Wenn ich die Mittel der von Ihnen übernommenen Anträge, die ich vorhin erwähnt habe, abziehe, bleibt nicht mehr viel übrig. Wenn sich die Steuerschätzung als richtig erweist, werden wir Ende 2014 − das wurde heute von Kollegen Klein schon gesagt − eine Rücklage von 2,2 oder 2,3 Milliarden haben. Wir betrachten eine gewisse Rücklage durchaus als sinnvoll; dafür haben wir auch als Verantwortliche in den Kommunen gesorgt. Allerdings halten wir eine Milliarde für ausreichend, um auf kurzfristige konjunkturelle Schwankungen reagieren zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir haben als Gegenfinanzierung die Rückzahlung des Flughafendarlehens von 251 Millionen gefordert. Dieser Forderung wollen Sie jetzt nachkommen. Während wir die Rückzahlung als Gegenfinanzierung für unsere Anträge betrachtet haben, wollen Sie diese Mittel für die zweite Stammstrecke verwenden. Da gibt es unterschiedliche Meinungen. Das ist nun einmal so entschieden worden. Wir werden sehen, was kommt und ob die 2 Milliarden reichen werden; ich verweise auf Stuttgart 21. Das muss dann die Planung ergeben. So schnell wird das ohnehin noch nicht gebaut.

Eines überrascht mich. Wir haben die Rückführung dieses Darlehens schon vor Jahren gefordert. Damals wollte der seinerzeitige Finanzminister Fahrenschon dieses Geld ins Eigenkapital überführen, damit die Flughafen München GmbH bessere Voraussetzungen hat, um an Kredite für Investitionen heranzukommen, zum Beispiel für den Bau des Satelliten und die dritte Startbahn. Die dritte Bahn wird aber nicht kommen. Wenn eine spätere Stadtregierung einmal anders entscheiden würde, dann kommt eben ein neuer Bürgerentscheid, und ich bin mir ganz sicher, dass der noch deutlicher ausfallen würde.

Offenbar wird dieses Darlehen dort nicht mehr gebraucht. Hinzu kommt − das muss man auch ehrlich sagen -, dass die FMG für dieses Darlehen einen höheren Zins bezahlt hat, als sie bei den Banken zahlen müsste, weil sie jetzt Gewinne macht. Die Zinsverluste aus den Jahren, in denen die FMG keine Zinsen zahlen musste, sind bei Weitem nicht ausgeglichen; das geht in die Milliarden. Deswegen wollten wir, dass die FMG wie auch andere staatliche Unternehmen eine Gewinnausschüttung macht. Ich denke da nur an die beiden Brauereien; das sind die einzigen Gesellschaften, die Gewinne abführen.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Und der Wald!)

- Richtig, der Wald führt auch Gewinne ab. Das hängt aber vom Holzpreis ab, während die Gewinnabführung der Brauerei nicht unbedingt vom Bierpreis abhängt.

Meine Damen und Herren, ich komme nun auf das Finanzausgleichsänderungsgesetz zu sprechen. Wir begrüßen es, dass Änderungen vorgenommen wurden, die wir als durchaus sinnvoll erachten. Die eine ist der Einwohnerzuschlag, im Volksmund auch Einwohnerveredelung genannt. Er ist von 108 Punkten, beginnend bei den kleinen Gemeinden, auf 112 Punkte erhöht worden. Bei 150 Punkten gibt es jetzt die sogenannte Kappungsgrenze.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Von vornherein war klar, dass die Landeshauptstadt München die einzige Stadt sein wird, die von der Kappungsgrenze betroffen ist und damit vergleichsweise weniger Zuweisungen erhalten wird. Der tatsächliche Rückgang von 100 Millionen auf jetzt 40 Millionen ist allerdings nicht nur auf die Veränderung der Kappungsgrenze zurückzuführen. Das liegt daran, dass die Landeshauptstadt München jetzt eine höhere Steuerkraft hat als früher. Mich hat aber erstaunt, dass nun die Münchner CSU den Oberbürgermeister heftigst attackiert, weil er sich nicht nachdrücklicher gegen diese Regelung gewehrt hat. Da sieht man mal wieder, wie scheinheilig die ganze Politik ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Sie müssten jetzt eigentlich den Oberbürgermeister in Schutz nehmen und Ihren Parteikollegen in München sagen, dass gerade Sie es waren, die bewusst die Lex München ins Spiel gebracht haben. Ebenso wie der Münchner Oberbürgermeister begrüßen wir diese Änderungen, weil sie für die kleinen und mittleren Gemeinden eine leichte Verbesserung ihrer Finanzausstattung erbringen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die unterschiedliche Steuerkraft der Kommunen nach wie vor der Hauptgrund für die zum Teil erheblichen Unterschiede bei der Finanzlage ist. Die Schlüsselzuweisungen können die unterschiedliche Finanzkraft nur zum Teil ausgleichen.

Eines muss ich jetzt auch klarstellen, weil da immer wieder gewisse Forderungen kommen: Wir wollen am vertikalen Finanzausgleich festhalten, weil bei einem horizontalen Finanzausgleich, also bei einem Ausgleich der Kommunen untereinander, einzelne Gemeinden für ihre Initiativen für mehr Einnahmen oder für bessere Bedingungen bestraft würden. Der Staat muss − so wird es bald in der Verfassung stehen − die unterschiedlichen Steueraufkommen, soweit das finanziell möglich ist, wenigstens teilweise ausgleichen. Er muss vor allem eine finanzielle Grundausstattung sicherstellen, die den Gemeinden nicht nur die Erfüllung der Pflichtaufgaben ermöglicht, sondern auch freiwillige Leistungen. Wichtig ist, dass die Investitionsfähigkeit der Gemeinden erhalten bleibt; denn 70 % der öffentlichen Investitionen kommen von den Gemeinden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist wichtig, weil es wieder Krisen geben könnte.

Wir haben in Bayern eine relativ große Zahl von finanzschwachen Gemeinden, vor allem in strukturschwachen Gebieten. Eine noch größere Zahl von Gemeinden bewegt sich in finanziell einigermaßen gesichertem Mittelfeld. Einige wenige Gemeinden sind überproportional reich. Diese reichen Gemeinden verwässern natürlich die Statistik, sodass der Staat immer darauf verweist, dass im Durchschnitt alles passt.

Meine Damen und Herren, für die finanzschwächeren Kommunen hat man die Stabilitätshilfen in Höhe von 75 Millionen eingeführt. Das ist für diese Gemeinden zwar hilfreich, kann aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Außerdem werden diese 75 Millionen aus der Verbundmasse − neben weiteren 625 Millionen − genommen, sodass die Verbundmasse um 700 Millionen gekürzt wird; der Rest bleibt für die Schlüsselzuweisungen. Entscheidende Verbesserungen der finanziellen Ausstattung der Kommunen können nur dadurch erfolgen, dass ihr Anteil an der Verbundmasse nach und nach angehoben wird. Sie haben das erkannt und haben, offenbar auf unsere Anträge in den letzten Jahren hin, den Anteil an der Verbundmasse ständig angehoben auf jetzt 12,75 %. Wir sind uns mit den kommunalen Spitzenverbänden aber darin einig, dass das nicht das Ende sein kann. Es ist zwar erfreulich, dass die Gemeinden mehr bekommen − das hängt auch mit der höheren Verbundmasse zusammen -, aber die kommunalen Spitzenverbände fordern 15 %.So weit wollen wir nicht gehen; denn diese Anhebung kann nur nach und nach erfolgen. Wir haben in unserem Antrag die Zahl von 13 % genannt. Diese Mehreinnahmen sollen in die Schlüsselzuweisungen fließen, weil das der richtige Ausgleich für die Gemeinden ist.

Schon traditionell sind unsere Anträge zur Kfz-Steuerkompensation und zur Schülerbeförderung. Ich sage, weil es sonst vergessen wird, immer: Ich kann mich noch gut an die Zeit erinnern, als die Kfz-Steuerbeteiligung bei 65 % lag und es bei der Schülerbeförderung 80 % waren. Dass man das nicht von heute auf morgen wieder so ma-

chen kann, ist klar; aber Anhebungen in diesem Bereich sind durchaus erforderlich, vor allem weil die Zahlungen aus der Kfz-Steuerkompensation in relativ gleicher Höhe bleiben.

Ich möchte auch sagen: Eine Verbesserung des Finanzausgleichs, mehr Geld im Finanzausgleich, nützt uns nichts, wenn sich auf der anderen Seite die Kosten für die Jugendhilfe und vor allem für die Sozialleistungen laufend erhöhen. Insbesondere die Eingliederungshilfe steigt, vor allem aufgrund der demografischen Entwicklung, ständig an. Das im Zusammenhang mit dem Fiskalpakt versprochene Bundesleistungsgesetz liegt jetzt scheinbar auf Halde. Es muss unbedingt kommen. Denn kein Finanzausgleich nützt uns, wenn auf der anderen Seite die Gelder wieder in die Sozialleistungen fließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir hoffen, dass das Gesetz im Frühjahr 2013 kommt und dass das dann endlich umgesetzt wird.

Zum Einzelplan 13 allgemein. Die Landesbank ist ein eigenes Thema. Darüber könnte man jetzt wieder eine halbe Stunde reden. Wir haben jetzt erfreulicherweise eine Rückzahlung bekommen. Diese Rückzahlung wird allerdings nicht für die Tilgung verwendet, sondern wird als Rücklage für mögliche Zahlungen aus unserer Garantie für eventuell eintretende Verluste, die 2014 erstmals abgerechnet werden, verwendet werden müssen. Dagegen kann man grundsätzlich nichts sagen. Nur, eines muss man auch sagen: Es sollen fünf Milliarden von der Landesbank zurückgehen. Davon stammen zwei Milliarden aus der Garantiesumme. Wenn das zum Ausgleich für die Zahlungen genommen wird, die wir für die Landesbank leisten müssen, können diese fünf Milliarden nicht für die Schuldentilgung verwendet werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Wir fordern einen Tilgungsplan; aber es bestehen natürlich auch viele Unwägbarkeiten, sodass nicht klar ist, ob das möglich ist. Die erste Unwägbarkeit sitzt in Österreich. Heute oder morgen wird dort entschieden, ob es zu einer Klage kommt. Ich hoffe und wünsche für uns alle und für die Landesbank, dass die damaligen Vereinbarungen mit den Österreichern im Rahmen der HGAA rechtssicher gemacht worden sind.

Meine Damen und Herren, zum Flughafen Nürnberg muss ich unbedingt noch etwas sagen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, schauen Sie bitte auf die Uhr!

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Ja. − ich freue mich, dass der Flughafen Nürnberg mit Ryanair jetzt eine Gesellschaft bekommt, die neue Flugbewegungen anbietet. Ich möchte gar nicht nachfragen, weil das Geschäftsgeheimnis ist. Ich kenne Ryanair von anderen Flughäfen. Es gibt eine Klage des Flughafens Münster/Osnabrück gegen Dortmund weil Ryanair keine kostendeckenden Gebühren zahlen will.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege!

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Ich hoffe und wünsche nur, dass das in Nürnberg anders ist und dass Nürnberg aus den roten Zahlen herauskommt. Im Jahr 2011 waren es 8 Millionen Verlust.

Ich komme zum Schluss. Wir müssen das Finanzausgleichsgesetz, das Haushaltsgesetz mit Haushaltsplan, leider ablehnen, da unsere Anträge nicht berücksichtigt worden sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich darf nun das Wort an die Kollegin Claudia Stamm vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiterreichen. Bitte sehr.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Der Weihnachtsmann oder das Christkind hat dieses Jahr besonders viele Helfer. Ich habe mir überlegt, welches Bild besser passt. Das Christkind ist heimisch bei uns und kommt auch aus Nürnberg; aber es ist definitiv ein zu großer Sympathieträger, als dass das Bild passen würde. Deswegen habe ich mich für den Weihnachtsmann entschieden. Bekanntlich wurde er aus den USA eingeführt, und bei uns glaubt niemand an den Weihnachtsmann. Auch an die Märchen, die Sie rund um den Haushalt hier in regelmäßigen Abständen, in Autosuggestionsübungen erzählen, glaubt niemand, außer vielleicht Sie selbst. Das war in den letzten drei Tagen wieder zu sehen. Sie stehen hier und verkünden mantraartig: Nur Bayern richtet's und nur in Bayern ist es gut. Details dazu erspare ich mir. Die hat mein geschätzter Kollege Hallitzky heute Morgen schon genannt. Aber Ihre Reden rund um den Haushalt erfüllen fast alle Kriterien eines Märchens.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Die Menschen lieben Märchen!)

Charakteristisch für Märchen ist unter anderem das Erscheinen phantastischer Elemente. In Ihrer Mär vom Haushalt gibt es verschiedene phantastische Elemente − "phantastisch" im Sinne von "nicht der Realität entsprechend". Von den angeblich ausgeglichenen Haushalten seit 2006 mussten wir erst heute wieder hören. Nicht ein Haushalt seit 2006 war bei im Aufstellen ausgeglichen. Ein Beispiel dazu: Der Haushalt 2011 war bei seiner Aufstellung beim Finanzierungssaldo mit 1,7 Milliarden im Minus, und am Schluss war dort ein Plus von knapp 950 Millionen Euro. Das zeigt auch, dass all die Ungerechtigkeiten, die Sie bei den Beamten beschlossen hatten, völlig daneben waren, weil schon beim Haushalt 2011 die Steuereinnahmen ohne Ende gesprudelt sind.

Nun zur angeblichen Schuldenfreiheit bis 2030. Kollege Winter, Sie haben das beste Beispiel dafür gegeben, dass Sie selbst nicht daran glauben. In Ihrem Satz gab es

zwei Konjunktive und es war ein Wenn dabei: Wenn das, was der Ministerpräsident … bis 2030 eintrifft,

(Georg Schmid (CSU): Wir schaffen das, keine Sorge!)

dann könnten wir das Geld abführen usw. Sie glauben selbst nicht daran.

(Georg Schmid (CSU): Ihr glaubt nicht daran!)

Es ist eine Mär, es ist ein Märchen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Ihr seid nicht einmal selbst auf diese Idee gekommen! So ein Blödsinn! Claudia, du enttäuschst mich! Wie kannst du so einen Unsinn reden?)

Bei diesen Märchen von der Schuldenfreiheit vergessen Sie regelmäßig die Landesbank. Die rechnen Sie einfach nicht dazu.

(Georg Schmid (CSU): Doch! Die rechnen wir schon dazu!)

10 Milliarden Euro rechnen Sie nicht mit dazu. Das sind aber Schulden.

(Georg Schmid (CSU): 32!)

- Nein, Sie reden von 22, sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Schmid. Schauen Sie es sich an!

(Georg Schmid (CSU): 22 plus 10 sind 32!)

Die verdeckten Schulden sind bei Ihnen erst recht kein Thema. Es gibt sie in dreistelliger Millionenhöhe, würde man den Pensionsfonds mit einbeziehen, den Sie nicht bedienen. Zu reparierende Straßen werden bei Ihrem angeblichen Schuldenabbau nicht berücksichtigt und es fehlen auch die Mittel für den Gebäudeunterhalt.

Bei den meisten Märchen steht inhaltlich ein Held im Mittelpunkt, der Auseinandersetzungen mit guten und bösen Kräften bestehen muss. Nach dem Schauspiel, das uns

die CSU-Fraktion heute Vormittag lieferte, als der Finanzminister geredet hat, können Sie sich jetzt aussuchen, wer in der CSU-Fraktion gut und wer böse ist. Der Held im Märchen ist vordergründig eine ganz schwache Figur wie zum Beispiel der jüngste Sohn.

Jetzt kommt aber der allergrößte Unterschied zwischen den herkömmlichen Märchen und Ihrem Märchen vom Haushalt: Die herkömmlichen Märchen gehen immer gut aus; Ihr Märchen wird nicht gut ausgehen. Sie haben es, obwohl Sie so viel Geld in diesen Haushalt einstellen, wieder nicht geschafft, auch nur annähernd die Weichen für eine generationengerechte Haushaltspolitik zu stellen. Grüne Haushaltspolitik tut das. Grüne Haushaltspolitik ist ehrlich und nachhaltig.

(Beifall bei den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Das glaubt ja kein Mensch!)

Wie es aussieht, gibt es im Jahr 2013, also im Wahljahr, noch einen Nachtragshaushalt.

(Georg Schmid (CSU): Schlimm, schlimm!)

Dieser Nachtragshaushalt wurde bereits angekündigt. Es ist unglaublich, dass er, bevor überhaupt dieser Haushalt verabschiedet ist, schon in Gesprächen angekündigt wird. In diesem Nachtragshaushalt werden Sie die Studiengebühren abschaffen und sie eben aus dem Haushalt kompensieren, damit Sie die Wahl gewinnen. Sie werden hoffentlich endlich etwas für die Behindertenhilfe tun und Sie werden natürlich in die Energiewende investieren; denn nur dann kann die Energiewende auch gelingen.

Dieser Nachtragshaushalt wird sicher im Wahljahr kommen. Da werden dann ein paar Osterhasen durch die Gegend hoppeln, so wie jetzt der Weihnachtsmann und seine Helfer, mit Geschenken unterm Arm: der Hauptosterhase aus Nürnberg und ansonsten eben die Osterhasen aus der Gegend, die Geschenke unterm Arm.

Wir liegen nach den Nachschublisten, die wir vorletzte Woche im Ausschuss beraten haben, bei einem Haushaltsvolumen von knapp 47 Milliarden Euro für 2013 und für

2014 bei gut 48 Milliarden Euro, allerdings ohne echte Prioritäten zu setzen oder dem Haushalt etwa eine Struktur zu geben. Was machen Sie? Sie satteln einmal hier und einmal da ein bisschen drauf, kürzen dann aber sogar bei der Behindertenhilfe, und das in Zeiten von Inklusion.Ich finde, Sie sollten sich langsam einmal ein Wörterbuch zu Gemüte führen und schauen, was "Inklusion" heißt. Umsetzen tun Sie’s garantiert nicht.

Die Staatsregierung schafft es noch nicht einmal, bei einem Volumen von 47 Milliarden Euro die Kürzung bei der Behindertenhilfe zurückzunehmen. Man brauchte wohl Spielgeld für die Fraktionen. 40 Millionen Euro haben Sie als Spielgeld zur Verfügung. Dieses Betrages bedarf es, um die Kürzung abzumildern. Sie haben die Kürzung nicht zurückgenommen. Das ist wirklich ein Armutszeugnis für Sie und die Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das beste Argument bei den Beratungen über die Behindertenhilfe und deren Kürzung habe ich im Ausschuss von der Sozialministerin gehört. Sie hat gesagt, "das ist ja nicht in ihrem Etat passiert, das ist ja beim Finanzminister passiert. Damit hat sie überhaupt nichts zu tun, weil das war der Finanzminister." Ich rate, ein bisschen weniger PR, ein bisschen weniger Öffentlichkeitsarbeit und dafür echte Sozialpolitik zu machen; das wäre gut.

(Georg Schmid (CSU): Ein bisschen langsamer, Claudia! Ich will das mitschreiben! Ich komme nicht mit!)

- Ich kann Ihnen, Herr Schmid, meine Rede nachher gern geben. Es wäre aber schön, wenn Sie mich jetzt erst einmal reden ließen.

40 Millionen Euro haben also die Regierungsfraktionen an Spielgeld. Das Finanzministerium hat Ihnen wohl nicht aufgeschrieben, dass Sie eigentlich 47 Milliarden Euro zur Verfügung haben, Herr Winter. Sie haben gerade gesagt, Sie brauchten das Geld,

um etwas zu gestalten. Sie haben eigentlich das Recht, über 47 Milliarden Euro zu verfügen. Aber das stand wohl nicht auf Ihrem Sprechzettel.

Auf dem Sprechzettel stand wohl auch, alle Anträge der Opposition einfach abzulehnen, egal, ob sie sinnvoll sind oder Geld umschichten oder sogar Geld streichen.

Ich bedaure sehr, dass der Herr Ministerpräsident nicht da ist. Sonst könnten wir vielleicht noch ein bisschen über Wolken und Sonne in der CSU-Fraktion philosophieren. Sehr geehrter Herr Schmid, das haben Sie ja gerade ausführlich getan.

Ich komme kurz darauf, was Kollege Pointner angesprochen hat. Wir sind mit Tischvorlagen überflutet worden. Über das Prozedere will ich jetzt nicht weiter reden; denn das hat er ausführlich getan.

Ich möchte mich an dieser Stelle aber ganz ausdrücklich bei Frau Fecke und ihren Mitarbeiterinnen im Ausschussbüro − da wurde wirklich eine Wahnsinnsarbeit geleistet − und natürlich auch bei unserem Offizianten bedanken. Ich will mich auch bei unserem Ausschussvorsitzenden bedanken, der während der Haushaltsberatungen meist die Ruhe bewahrt hat − bis auf gestern, als es um seinen Vorgarten in Höchstädt und um die Teilverlagerung des Finanzamts München ging. Aber vielen Dank dafür, dass Sie es meist geschafft haben, während der Haushaltsberatungen die Ruhe zu bewahren.

Ist Ihnen eigentlich aufgefallen, dass die Tischvorlagen für das Jahr 2013 sind? Ich nenne Stichwörter: Blindengeld, Lehrerinnenstellen. Die demografische Rendite ist bei 2014 nicht mehr drin. Rechnen Sie nicht mehr damit, dass Sie dann noch regieren? Es stimmt also nicht, dass Sie über den Wahltermin hinausschauen. Alles zielt auf die Wahl ab. Und das war’s.

Mit den Tischvorlagen haben Sie wirklich etwas Gutes gemacht. Darin stehen auch Projekte, die wir wahnsinnig unterstützen. Aber den Menschen, die vor Ort mit ihrer Arbeit in Projekten, von mir aus Jadwiga oder Solwodi genannt, alles geben, nicht ein

bisschen Planungssicherheit für 2014 zu geben, sondern nur das Geld für 2013 einzustellen, ist ein Armutszeugnis, wenn man einen Doppelhaushalt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann komme ich zu Ihrem angeblichen Schwerpunkt: zur Bildung. Wie der Kollege Thomas Gehring schon ausgeführt hat, ist es erstens völlig normal und üblich, dass ein Drittel des Staatshaushalts für die Bildung ausgegeben wird. Das ist in allen anderen Flächenstaaten der Fall.

Zweitens bitte ich Sie, einmal genau hinzusehen. Straßenbau in kommunaler Verantwortung wird von Ihnen teilweise bis zu 100 % finanziert. Aber dies stimmt nicht ganz; es sind ungefähr 96 %. Aber die Sanierung von Schulgebäuden wird höchstens, allerhöchstens mit 50 %, meistens mit 30 % mitfinanziert. Wo ist denn da Ihr angeblicher Schwerpunkt Bildung? Das ist wirklich etwas anderes als dies.

Vor allem ist es Ihre Art, Politik zu machen, Bayern mit immer mehr Straßen zuzubetonieren. Es ist unsäglich, was Sie in große Projekte stecken, z. B. in Asphalt. Sie machen eine Großprojektepolitik.

Zum Stichwort "dritte Startbahn". Die ist zum Glück gekippt. Hoffentlich halten Sie sich an den Entscheid.

Aber schauen wir auch die A 94 an, die Sie, geschätzter Herr Minister Huber, auch auf Landesebene betreiben. Es ist unsäglich: Sie betonieren das schöne Bayern zu. Dafür ist Bayern eigentlich wirklich, wirklich, wirklich zu wertvoll.

(Zurufe von der CSU)

Das Gleiche gilt für die überdimensionierten Projekte im öffentlichen Nahverkehr. Ja, wir brauchen Geld. Ja, wir brauchen eine zweite Stammstrecke in München, um endlich die Pendler und Pendlerinnen zu entlasten. Wir brauchen aber keinen Tunnel, weil dann ein Projekt nicht in irgendeinem anderen bayerischen Landesteil mehr zustande

kommt. Der Tunnel wird sowieso nicht kommen, weil er nicht finanzierbar ist. Es ist immer noch eine Lücke da. Überhaupt an diesen Tunnel so lang hinzuplanen. Sie verbuddeln das Geld und helfen den Pendlern und Pendlerinnen damit kein bisschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So. und jetzt kann ich nur sagen: Ich hoffe, dass die Beamten und Beamtinnen nicht ein so löchriges Gedächtnis haben, wie Sie vielleicht denken oder es erhoffen. Alles, was jetzt im Wahljahr kommt, sind Ungerechtigkeiten, die Sie zu einem Zeitpunkt einführen, wo die Steuereinnahmen nur so gesprudelt haben.

In dem Haushaltsgesetz gibt es immer noch zwei Ungerechtigkeiten und haushalterische Unsinnigkeiten. Einerseits ist die Wiederbesetzungssperre haushaltsmäßig unsinnig. Außerdem ist die Eingangsbesoldung noch niedriger eingestuft. Aber das geschieht in einem Lebensabschnitt, in dem die Menschen eine Familie gründen wollen. Demnach ist das generationenungerecht. Nehmen Sie die Maßnahme sofort zurück. Die Steuereinnahmen sprudeln ja. Es gibt keine Legitimation für die Maßnahme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu diesem Haushalt haben wir natürlich Änderungsanträge gestellt. Ich weiß allerdings nicht, wie Sie, Herr Kollege Schmid, auf die abenteuerliche Summe kommen, die Sie vorgestern genannt haben. Sie haben entweder nicht gerechnet, weil Sie nicht rechnen konnten, oder Sie haben wider besseres Wissen nicht gerechnet und haben nicht unsere Anträge, wo wir gegenfinanzieren oder Geld streichen, mit reingerechnet.

An dieser Stelle danke ich meiner Fraktion noch mal ganz klar, die sich beschränkt und gesagt hat: Wir wollen einen Haushalt mit Prioritäten und wir wollen Anträge mit Augenmaß stellen. Ich sage ein herzliches Dankeschön an meine Fraktion.

Bei uns gibt es den Schwerpunkt Bildung von ganz klein bis zum Studium. Hier zeigt sich, dass wir niemandem das Blaue vom Himmel versprechen. Die frühkindliche Bildung: Wir wollen in die Qualität investieren, nicht in die Beitragsreduzierung. Reduzie-

rung, es ist keine Freiheit, es ist Beitragsreduzierung. Leider haben sich da die Sozialpolitiker und -politikerinnen der CSU von der FDP überrumpeln lassen, oder wie auch immer, weil überzeugend war es bestimmt nicht.

Unser zweiter Schwerpunkt ist Inklusion. Das ist ein Querschnittsbereich. Deshalb haben wir unsere Anträge zu mehreren Ministerien gestellt, damit in Bayern Inklusion endlich wahr werden kann.

Schließlich zur Energie. Eigentlich herrscht da fraktionsübergreifend große Einigkeit, vielleicht mit Ausnahme einer kleinen Fraktion des Hohen Hauses. Aber die Anträge der fraktionsübergreifenden Gruppe, wo man sich schon inhaltlich geeinigt hatte, diese dann mit Geld zu unterfüttern: Hierzu waren Sie wohl nicht in der Lage.

In diesen Tagen der Haushaltsberatung hatten wir ein interessantes Spiel. Hier stand ein SPD-Politiker, nämlich der Fraktionsvorsitzende Rinderspacher, der mit einem Zitat nach dem anderen des Kollegen Bernd Weiß von der CSU um sich gehauen hat. Kurz danach sprach der Fraktionsvorsitzende Schmid und haute mit einem Zitat des Landrats Adam um sich.

Ich werde es Ihnen jetzt ersparen, auch nur ein Zitat zu nennen, was der Ministerpräsident alles über seinen Finanzminister gesagt hat − und das auch noch mitten in der Haushaltsberatung -; denn bei solchen Auslassungen kommt tatsächlich etwas Sympathie für den Weihnachtsmann auf. Ein Weihnachtsmann, der ansonsten mit seinen Märchen landauf, landab zieht, versucht, die Menschen in dieser kalten Jahreszeit mit seinen Märchen etwas zu unterhalten, die aber einen relativ geringen Unterhaltungswert haben. Gleichzeitig verteilt er unstrukturiert, ohne Richtung und ohne echte Perspektive die Geschenke, um auf Stimmenfang zu gehen.

So einfach werden Sie es im Wahljahr 2013 aber nicht mehr haben. Bayern kann nämlich mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, da Sie in Ihrer Rede den Ministerpräsidenten erwähnt haben, möchte ich Ihnen und dem Hohen Hause zur Kenntnis geben, dass er in Berlin weilt und mit den Ministerpräsidenten der anderen Länder und der Bundeskanzlerin Gespräche zur Vorbereitung auf die morgige Bundesratssitzung führt. Ich bitte, ihn deshalb zu entschuldigen.

Nächster Redner in der Debatte ist der Kollege Professor Dr. Georg Barfuß für die FDP-Fraktion.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren! Ich versuche, es wieder ein bisschen ruhiger zu machen, wenn es Ihnen recht ist.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nein!)

- Aber nur, wenn es Ihnen recht ist. Ich kann auch laut.

Ich möchte mich zunächst bei den Kollegen Winter und Halbleib bedanken. Ihr wart beide hervorragende Vorsitzende. Es ist schon richtig, dass das ein bisschen viel war: eine Tagesordnung, eine Nachtragstagesordnung, eine Nachschubliste und noch diverse Tischvorlagen. Aber ich muss sagen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben dafür auch ein bisschen was gekriegt, das hat jetzt sogar die Kollegin Stamm gesagt.

Was ich nicht mehr hören kann, ist die blöde Zehn-Milliarden-Geschichte. Denn dann muss ich Ihnen immer wieder die 18 Milliarden der WestLB vorhalten, die 6 Milliarden in Berlin usw.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP − Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Wir sind in Bayern! Bayerischer Haushalt!)

- Ja, ist schon klar. Ich will nur sagen, dass das nicht nur uns passiert ist. Wenn Sie woanders regieren würden, dann wäre es Ihnen auch passiert sein. Das will ich dazu nur sagen.

(Beifall des Abgeordneten Karsten Klein (FDP))

Ich kann es nicht mehr hören, und ich sage das einfach, weil es mir langt. Schluss.

Wenn Sie eine Umfrage starten würden, wem die Leute wohl mehr zutrauen, dass Schulden abgebaut werden, Ländern mit einer schwarz-gelben Regierungskoalition, einer grün-roten oder rot-roten oder ganz knallroten, dann bin ich sicher, wie das Ergebnis ausfiele.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Von der FDP jedenfalls nicht! - Markus Rinderspacher (SPD): 100 Milliarden Schulden habt ihr in Berlin in vier Jahren aufgehäuft!)

Noch etwas zur Frau Kollegin Stamm: Gott sei Dank ist dieser Haushalt 2013/2014 kein Märchen, sondern in Kürze Wirklichkeit. Das unterscheidet uns von Ihren "Grüns Märchen", die Sie hier vorgetragen haben, falls Ihnen dieses Wortspiel gefällt. Mir jedenfalls gefällt es.

(Beifall des Abgeordneten Karsten Klein (FDP) und von Abgeordneten der CSU)

Jetzt komme ich auf etwas anderes zu sprechen. Wir haben gerade gehört, dass unser Herr Landesvater mit den anderen in Berlin ist. "Dies ist ein absolut bescheuertes System", sagte der baden-württembergische Landesvater Kretschmann über den derzeitigen Länderfinanzausgleich. Er fügte hinzu, er habe Verständnis für den Kollegen Seehofer, der seine Kollegen in den anderen Bundesländern wissen ließ, er wolle das Bundesverfassungsgericht anrufen, wenn sich in Sachen Neuordnung nichts bewege. Auch Ministerpräsident Kretschmann schließt diesen juristischen Weg nicht aus, will aber im Gegensatz zu Seehofer die Klage als letztes Mittel sehen, falls sich

die Nehmer "einem Verhandlungskonzept verweigern". Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist jetzt das Hauptthema, denn Zahlen haben wir genug gehört.

Mir geht es darum, dass mir unser Land insgesamt mit dieser exorbitanten Staatsverschuldung im Bund und in den Ländern wichtiger ist als unser parteipolitisches Geplänkel. Wir alle miteinander, alle fünf Fraktionen in allen Landesparlamenten und im Bundesparlament, müssen den Bürgern den Nachweis erbringen, dass wir wirklich regierungsfähig sind und uns nicht in kleinlichem Zahlen-Hickhack hinüber und herüber verschleißen. Der Länderfinanzausgleich, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, war zur Zeit seiner Gründung dazu da, im Bund einheitliche Lebensverhältnisse zu schaffen, und das war auch gut so. Doch die Realität hat sich weiterentwickelt. Es gab eine Dynamik, es gab unterschiedliche Ereignisse. Ich nenne drei Bezugspunkte: die Wiedervereinigung, die Globalisierung und den EU-Binnenmarkt. Das hat natürlich auch die Struktur in den unterschiedlichen Ländern geprägt. Deswegen muss man neu darüber nachdenken.

Ich habe in Berlin studiert und ich liebe Berlin, das sage ich sehr offen. Nicht weil ich Berlin liebe, sondern weil ich die Situation dort kenne, sage ich: Die Bundeshauptstadt muss eine besondere Bundeshauptstadthilfe erhalten. Das kann man den Berlinern nicht dauernd vorwerfen, wenn sie für uns Repräsentationspflichten haben oder sonstige Dinge erledigen; denken Sie an die Sicherheitsvorkehrungen usw. Aber dann muss dies auch abgegolten sein.

Deswegen gilt aus meiner Sicht insgesamt: Die Schuldnerländer in unserer Republik müssen mit mehr Kontrollen ihrer Haushalte rechnen. Was wir den Beziehern von Sozialhilfe zumuten, das müssen wir nach meiner Meinung auch den Ländern als Regel vorgeben.

Ich als Bürgermeister und mein Kollege Pointner als Landrat waren gewohnt, dass wir unsere Haushalte jeweils der Kommunalaufsicht vorlegen mussten. Das ist heute noch so. Das muss in Deutschland für die Bundesländer und in EU-Europa auch für

die Staaten gelten. Nur so bekommen wir diese exorbitante Verschuldung, die wir alle haben, in den Griff.

Der 2010 gegründete Stabilitätsrat wird nach meiner Auffassung analog zur EZB, die auf europäischer Ebene die Hüterin der Währung ist, "Hüter der innerdeutschen Finanzstabilität werden müssen". Notorischen Schuldnersündern sollten Gelder aus dem Länderfinanzausgleich zuerst einmal auf ein Sperrkonto überwiesen werden, und zwar so lange, bis sie fiskalisch wieder im Einklang mit der Schuldenbremse im Grundgesetz sind. Wir müssen uns irgendwann einmal trauen, nicht nur zu bellen, sondern irgendwann einmal zuzugreifen. Sonst lacht uns jeder nur aus.

(Beifall des Abgeordneten Karsten Klein (FDP) und von Abgeordneten der CSU - Dr. Andreas Fischer (FDP): Sehr richtig!)

Vielleicht, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, könnte man auch einen − ich nenne es einmal so − Finanzkraftindex ähnlich den Steuermesszahlen, die wir aus der Kommunalpolitik kennen, konstruieren, der aus der Summe der Bemessungsgrundlagen Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Grunderwerbsteuer usw. bestünde, sodass wir dann wirklich das Besteuerungspotenzial des jeweiligen Bundeslandes gut abbilden könnten. Hier sind keine großen Sprünge zu erwarten, aber es ist, denke ich, schon ein ausreichendes Potenzial zu erzielen, um die Konsolidierung der jeweiligen Haushalte voranzubringen.

Die christlich-liberale Koalition in Bayern, die grün-rote in Baden-Württemberg, die schwarz-gelbe in Hessen und die rot-grüne Landesregierung in der Hansestadt Hamburg wollen aus diesem Grund Gespräche mit ihren Kollegen. Wir bleiben auch bei der Solidarität. Eine Gesprächsverweigerung wäre ein Akt der Nichtsolidarität. Wir wollen auch, dass die Anstrengungen zur Steigerung der eigenen Wirtschaftskraft stärker honoriert werden. Wenn einer keine Chance hat, nach vorne zu kommen, dann verliert er jede Hoffnung. Das muss man einbauen, und deshalb glaube ich, dass man eine Art Konsolidierungsbonus erfinden sollte. Aber wir müssen auch die Mentalität bre-

chen, die so klingen könnte: Wir können zwar autonom über unsere Ausgaben verfügen, aber für die Einnahmen sorgen nach wie vor Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg. Das ist das Gegenteil von Solidarität.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

Herr Finanzminister, in Bayern handeln wir danach. Denn wir stärken die Schwächeren − logisch − auf Kosten der breiteren Schultern, Sie wissen, wen ich meine. Diese breiten Schultern bemühen sonst aber sonst Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wenn es um das Verteilen der Steuerlasten geht. Jetzt haben Sie eben einmal die breiten Schultern.

Die Botschaft von Schwarz-Gelb lautet: Gutes Regieren soll sich lohnen, zuerst für die Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Landes, deswegen: nachhaltige Finanzpolitik; dann aber auch für die Politiker, die gute Politik machen, durch deren Wiederwahl. Jetzt kommt es: Wer nun die Guten und die weniger Guten sind, darum geht letztlich die Debatte in allen Fraktionen. Wer letztlich gewählt wird, das entscheiden in unserer Demokratie Gott sei Dank die Wählerinnen und die Wähler.

(Beifall bei der FDP)

Darauf wollen wir doch einmal hoffen und vertrauen. Deswegen sage ich Ihnen mit unserer wunderschönen bayerischen Nationalhymne: "Gott mit dir, du Land der Bayern." Ihnen allen schöne Weihnachten.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Frau Kollegin Görlitz das Wort erteilen.

Erika Görlitz (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das wäre jetzt so ein schönes Schlusswort gewesen, aber ich kann jetzt Ihre Erwartungen nicht enttäuschen und werde also auch auf den kommunalen Finanzausgleich eingehen.

Herr Kollege Wengert, wir sind stolz darauf, dass wir mit 7,8 Milliarden den höchsten Finanzausgleich aller Zeiten vorlegen können. Das ist wirklich einen Applaus wert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Und aller Länder, nicht zu vergessen!)

Wir sind besonders stolz darauf, dass dieser Finanzausgleich,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Einschließlich Amerika!)

und zwar in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden, ganz starke Akzente zugunsten strukturschwächerer und kleinerer Gemeinden enthält. Genau dieser Bereich wird gestärkt, genauso der investive Bereich.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Jawohl!)

Zum allgemeinen Steuerverbund und zu den Schlüsselzuweisungen ist zu sagen: Wir haben auf einen Anteil von 12,75 % angehoben, aber das ist natürlich nicht vergleichbar, Herr Kollege Wengert, mit dem Steuerverbund von Baden-Württemberg.

(Markus Rinderspacher (SPD): Dort ist er viel höher!)

Man kann das nicht 1 : 1 vergleichen, das haben wir Ihnen schon ein paar Mal nahezubringen versucht. In Bayern ist es halt anders. Wir haben einen Kfz-Steuerersatzverbund, wir haben einen Grunderwerbssteuerverbund, wir haben einen Familienleistungsausgleich. Würden wir diese ganzen Leistungen zusammenzählen, dann wären wir bei 26 % und könnten uns damit gut sehen lassen. Wir werden auch nicht auf Baden-Württemberg schimpfen, auch wenn sie 11.000 Lehrerstellen streichen. Das ist eine Entscheidung, die sie dort vertreten müssen. Wir wollen nur, dass Bayern so dasteht, wie es ist, und dass auch entsprechend dargestellt wird, wie Bayern für seine Kommunen sorgt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Eines muss man auch wissen. Den bayerischen Kommunen geht es von der Einnahmenseite her um einiges besser als dem Land. Die bayerischen Kommunen verzeichneten in den letzten zehn Jahren eine Steigerung der Einnahmen um 41 %. Wir reden jetzt die ganze Zeit von den guten Steuereinnahmen des Freistaates Bayern. Wenn ich das aber vergleiche, muss ich sagen, im Freistaat Bayern haben die Einnahmen nur um 35,2 % zugenommen.

Deshalb kann man hier feststellen: Obwohl es den Kommunen einnahmenmäßig sehr gut geht, haben wir den Finanzausgleich so ausgestaltet, dass er wirklich rekordverdächtig ist. Dazu stehen wir.

Die Schlüsselzuweisungen betragen knapp 2,9 Milliarden Euro. Dabei war für uns und auch für die kommunalen Spitzenverbände ganz wichtig, dass die kleineren Gemeinden ein stärkeres Gewicht erhalten und der Großstadtzuschlag für Städte ab 500.000 Einwohner entfällt.

Ein großes Anliegen ist es uns auch - da sind wir mit den kommunalen Spitzenverbänden einig -, den schwachen Kommunen, die in Schwierigkeiten sind, besonders zu helfen. Wir haben die Bedarfszuweisungen vervierfacht. Für die Stabilisierungshilfe haben wir 100 Millionen Euro ausgewiesen. Damit haben wir die Möglichkeit, den Kommunen, die in Schwierigkeiten geraten sind, nachhaltig zu helfen. Es gibt einen Runden Tisch, der vereinbart hat, welche Kriterien zugrunde gelegt werden. Das sind ganz wichtige Voraussetzungen, um den Kommunen helfen zu können.

Ein weiterer Punkt ist die Investitionspauschale. Auch sie ist enorm erhöht worden. Der umlagekraftabhängige Mindestbetrag für kleinere Gemeinden wurde um ein Drittel erhöht.

In diesem Zusammenhang möchte ich gleich Stellung zu dem Antrag beziehen, über den wir heute noch abstimmen werden. Er stammt von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN und betrifft die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden. Die Kommunen haben schon jetzt weit mehr Möglichkeiten, solche Projek-

te anzugehen. Deshalb sind wir der Meinung, dass dieser Antrag nicht vertretbar ist. Wir werden ihn ablehnen.

Ein Wort noch zu den Bezirken. Auch die Bezirke haben zusätzliche Zuweisungen erhalten. Das versetzt die meisten Bezirke in die Lage, die Bezirksumlagen zu senken. Damit gibt es wiederum eine Entlastung für die Kommunen. Das ist im Haushaltsentwurf noch nicht einmal berücksichtigt. Die Bezirke haben tatsächlich eine höhere Pauschale erhalten.

Damit möchte ich es bewenden lassen. Aber, Herr Pointner, eines kann ich mir nicht ganz verkneifen. Wenn Sie sagen, wir hätten Ihre Anträge alle abgeschrieben und dann selbst eingebracht, frage ich Sie, warum Sie dem Haushalt dann nicht zustimmen wollen. Vieles müsste dann doch in Ihrem Sinne sein.

(Beifall bei der CSU)

An dieser Stelle möchte auch ich mich bei unserem Finanzminister und seinem Team bedanken, die einen Haushalt vorgelegt haben, dessen Rahmenbedingungen nicht immer einfach waren. Ein herzliches Dankeschön also an die Finanzverwaltung und unseren Finanzminister.

Zugleich möchte ich auch unserem Ausschussvorsitzenden Georg Winter danken. Die Ausschussmitglieder haben es erlebt: Wie ein Uhrwerk hat er uns durch den Dschungel an Berichten, Anträgen und Haushaltspositionen geführt. Ein dickes Kompliment dafür und ein herzliches Dankeschön auch Dir, lieber Georg Winter.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Schlussbemerkung lautet: Wir sind verlässliche Partner der Kommunen. Das haben wir unter Beweis gestellt. Wir werden das auch nicht ändern und werden deshalb auf alle Fälle unsere Zustimmung nicht versagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt hat der Kollege Halbleib das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind nach dreitägiger Debatte hier im Plenum und nach wochenlangen Beratungen im Haushaltsausschuss am Ende der Haushaltsberatungen angekommen. Gleichwohl möchte ich noch ein paar Eckpunkte beleuchten, die unserer Fraktion wichtig sind.

Da wäre zum einen das große Wort von der Schuldentilgung zu nennen. Wir sollten auch bei diesem Doppelhaushalt die Haushaltswahrheit und -klarheit ernst nehmen, auch im politischen Sinne. Denn das, was hier stattfindet, ist keine echte, sondern maximal eine politische Schuldentilgung.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Sie sondern Luftblasen ab!)

- Herr Kollege, auch wenn Sie noch so vorlaut dazwischenrufen, sollte Ihnen doch klar sein, dass wir mit dieser Staatsregierung den größten Schuldenmacher in der Geschichte Bayerns haben. Das steht fest. Die Gesamtbilanz dieser Legislaturperiode lautet folgendermaßen: Am Wahltag des Jahres 2013 wird Bayern 8,5 Milliarden Euro mehr Schulden haben als am Wahltag des Jahres 2008. Das ist die Bilanz! 8,5 Milliarden Euro mehr Schulden in dieser Legislaturperiode unter dieser Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Das können Sie nicht abstreiten. Das ist Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

Ein weiterer wunder Punkt kommt hinzu. Da können Sie so viel argumentieren, wie Sie wollen. Sie tilgen die Schulden auf Kosten der dringend gebotenen Vorsorge. Nicht getätigte Rückstellungen für absehbare Verpflichtungen sind ökonomisch neue Schulden. Sie verstecken die Verschuldung, anstatt sie konsequent anzugehen. Es ist schon ein besonderes Verständnis von finanzpolitischer Nachhaltigkeit, wenn man die Schuldentilgung auf Kosten der finanzpolitischen Nachhaltigkeit praktiziert. Es kann nicht funktionieren, intellektuell nicht, moralisch nicht und ökonomisch schon gar nicht.

Nächster Punkt: Sie beteiligen die Kommunen nicht an der Entschuldung des Staates. Das Wort "Stabilisierungshilfen", das im kommunalen Finanzausgleich jetzt genannt wird, ist bezeichnend. Es stabilisiert die Kommunen tatsächlich, aber genau auf dem schlechten Niveau und dem hohen Verschuldensstand, den sie haben und von dem sie ohne aktive Hilfe des Staates nicht herunterkommen. In dieser Hinsicht tun sie nichts. Das ist das, was wir Ihnen vorwerfen.

Von einem großen Schuldentilgungsplan, von dem lange Zeit die Rede war, ist weit und breit nichts zu sehen. Sie haben kein ökonomisches und auch kein rechtliches Konzept vorgelegt, das das Verhältnis von Schuldentilgung zu Steuereinnahmen einerseits zu den notwendigen Investitionen und Ausgaben andererseits widerspiegelt. Dazu haben wir von Ihnen nichts erfahren.

Wer Schulden abbauen will − auch das ist eine Erkenntnis im Bund wie in den Ländern -, kommt − eine wichtige Voraussetzung! − um Verbesserungen auf der Einnahmenseite nicht umhin. Das ist die einhellige Meinung des Sachverständigenrates, Herr Finanzminister. Sie verweigern sich wider besseres Wissen dieser Erkenntnis.

Wichtig ist auch mir, zum Abschluss dieser Haushaltsberatungen den Blick auf andere zu richten. Das ist hier immer wieder geschehen. Ich sage nur: Schauen Sie sich einmal die Landeshauptstadt München an. Dort wurden unter SPD-Führung seit dem Jahre 2005 die Schulden in Höhe von 3,3 Milliarden auf 1,3 Milliarden Euro gedrückt. Das war ein Schuldenabbau von insgesamt zwei Milliarden innerhalb weniger Jahre. 60 % der Münchner Verschuldung sind damit weg. Nur noch 40 % sind übrig geblieben. Das geschah nicht auf Kosten der Pensionsvorsorge, sondern es war alles ganz real. Der Freistaat unter Führung der CSU weist dagegen im Jahre 2012 immer noch 97 % der Schulden aus und selbst Ende 2014 werden es noch 93,5 % sein. Das, was Sie, meine Damen und Herren von der CSU, hier immer wieder beschwören und wo Sie hinwollen, hat Christian Ude in München schon längst erreicht und unter Beweis gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Zu Baden-Württemberg hat Kollege Wengert das Richtige gesagt. Ich will nur noch den naseweisen Bemerkungen der Kollegen von FDP und CSU ein paar Zahlen entgegenhalten.

(Zurufe von der CSU)

Ich kann begründen, worin die Naseweisheit besteht. Sie haben immer Nordrhein-Westfalen im Blick, wenn es um Fragen der Nettoneuverschuldung geht. Ich frage Sie, was in NRW für das Jahr 2013 pro Kopf an Neuverschuldung geplant ist. Die Haushalte dort sind mittlerweile aufgestellt.Es sind 195 Euro. Aber in Hessen besteht unter Schwarz-Gelb, unter maßgeblicher Regierungsbeteiligung der FDP und der Union seit mittlerweile 13 Jahren, eine deutlich höhere Nettoneuverschuldung als in Nordrhein-Westfalen. Dort liegt die Neuverschuldung 2013 bei 213 Euro pro Kopf. Das sind die Fakten, um die Sie sich einmal kümmern sollten. Als FDP würde ich mich schämen, solche Reden zu halten. Wo Sie Regierungsverantwortung tragen, geht es wesentlich problematischer zu als in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD - Markus Rinderspacher (SPD): Hört, hört!)

Sie sollten einmal die Nettoneuverschuldung, die in Berlin geplant ist und im Haushaltsentwurf steht, mit einem Bundesland vergleichen, in dem Sie seit über zehn Jahren regieren, nämlich Niedersachsen. Berlin und Niedersachsen haben absolut gleiche Werte und liegen bei 125 Euro Neuverschuldung pro Kopf. Das ist aber wieder typisch: Ihr McAllister und Ihre Regierungskoalition stehen in Niedersachsen vor einer Wahl. Sie blicken jedoch nur nach Nordrhein-Westfalen und Berlin. In Niedersachsen ist es genauso schlimm und problematisch wie in Berlin. Das wollen Sie aber bei Ihrer Ideologie nicht wissen. Sie sollten einmal die Fakten zur Kenntnis nehmen und sie den Bürgern und dem Plenum des Bayerischen Landtags ehrlich mitteilen.

(Beifall bei der SPD - Markus Rinderspacher (SPD): Im Januar ist Schluss in Niedersachsen!)

Ich halte es für einen großen Fehler, Bayern als Land darzustellen, in dem Milch und Honig fließen, wie das der Ministerpräsident getan hat. Das ist ein strategischer Fehler. Wir sind inzwischen maßlose Aussagen vom Ministerpräsidenten gewohnt. Das gilt auch für seine Rede, die Bayern als moralischen Maßstab bezeichnet. Diese Formulierungen dienen nicht dem Interesse Bayerns. Wenn wir Änderungen, die wir brauchen, beim Länderfinanzausgleich wollen, müssen wir deutlich machen, dass bei uns nicht Milch und Honig fließen und dass wir nicht der moralische Maßstab sind. Wir haben vielmehr landespolitische Aufgaben, für deren Erfüllung wir zusätzliche Mittel brauchen. Deshalb benötigen wir eine Reform des Länderfinanzausgleichs. Wir müssen zum Beispiel die große Schere bei der Wirtschaftskraft innerhalb Bayerns ausgleichen. Hybris ist die völlig falsche Art und Weise, auf die Probleme Bayerns zuzugehen. Diese Hybris wird sich rächen. Ich denke, insbesondere in der Haushaltspolitik dient eine realistische Selbsteinschätzung der Bewältigung der Zukunft. Davon kann bei Ihnen leider keine Rede sein.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich zur Bewertung des Haushalts sagen: Wir sind in die Auftaktberatung des Haushalts mit der Einschätzung gestartet, dass dies ein Wahlkampfhaushalt, also ein Haushalt für das Wahljahr 2013 werden wird. An dieser Einschätzung hat sich nach dem Ende der Beratungen nicht allzu viel geändert. Die Steigerungen der Haushaltsraten, die im fortschreitenden Ablauf von Haushaltsberatungen das Normalste der Welt sind, sind diesmal allerdings übertroffen worden. Wir haben höhere Raten. Das spricht dafür, dass Sie im Wahljahr etwas Besonderes bieten wollen. Man darf aber nicht vergessen, dass es beim öffentlichen Dienst Einschnitte gab, die jetzt ausgeglichen worden sind. Dies erklärt zum Teil diese höheren Raten.

Sie sprechen immer von der Bildungsexplosion in Bayern. Hier muss man ehrlich sein. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Wenn wir einmal einen Zehn-Jahres-Vergleich anstellen, sind die Ausgaben für die Versorgung im Schulbereich um etwa 60 % gestiegen. Die Ausgaben für die Lehrer und die Schulen sind ohne Versorgungszahlungen um knapp 32 % gestiegen. Die Steigerung des Gesamthaushalts im Vergleichsrahmen 2005 bis 2014 stieg jedoch um 41 %. Somit besteht eine Schere zwischen der Entwicklung des Gesamthaushalts und der Entwicklung des Bildungshaushalts, die 9,2 Prozentpunkte ausmacht. Es kann keine Rede davon sein, dass die Steigerung des bayerischen Staatshaushalts vor allem der Bildung zugute käme. Die Zahlen beweisen leider das Gegenteil. Auch dies sollten Sie sich noch einmal im Haushaltsvollzug ansehen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mehr Lehrer brauchen. Das wissen Sie auch. Dieser Haushalt gibt das aber leider nicht her.

Mit einem Wahlkampfhaushalt werden natürlich viele Fehler, Defizite und Kürzungen der Vergangenheit rückgängig gemacht. Das ist so beim öffentlichen Dienst, bei den Staatsstraßen, beim kommunalen Finanzausgleich und in der Justiz deutlich geworden. Leider besteht an vielen Stellen aber immer noch der Status quo. Die Großbaustelle Steuerverwaltung wurde heute früh schon thematisiert, wie auch die Personalausstattung der Polizei. Bei einem Wahlkampfhaushalt − wie könnte es anders sein − werden auch viele Versprechen in die Zukunft gegeben. Sie haben die digitale Zukunft Bayerns beschworen und das Kulturkonzept. Seit zwei Tagen will sich der Ministerpräsident auch um Franken kümmern. Die Versprechen, die Sie mit diesem Doppelhaushalt machen, offenbaren Ihre Regierungsschwächen in der Vergangenheit. Sie versuchen jetzt, die Defizite noch auf den letzten Metern aufzuarbeiten. Das werden wir deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir freuen uns, dass wir in den Haushaltsberatungen aus der Opposition heraus einiges bewegen konnten. Ihre rituelle Ablehnung unserer Änderungsanträge in allen Ehren; aber wir konnten doch über die politische Bande einiges erreichen. Wir sind

froh über Fortschritte, die wir angestoßen haben, zum Beispiel bei der Städtebauförderung, bei der Wohnungsbauförderung, bei den Lehrern, in der Bildungspolitik, bei den Verwaltungsangestellten, bei der Rehabilitation von Menschen mit Behinderung, bei den Heimatvertriebenen, bei den Bamberger Symphonikern und beim Kulturkonzept. Wir können als Opposition einiges auf unsere Haben-Seite schreiben, auch wenn Sie das in einer solchen Haushaltsberatung niemals zugeben würden.

Ein großes Sorgenthema bleibt jedoch, nämlich die BayernLB. Die CSU und der Finanzminister verstoßen bei diesem Thema leider gegen die Haushaltswahrheit und die Haushaltsklarheit. Herr Finanzminister, Sie sprechen wortwörtlich von einer Rückzahlung der staatlichen Beihilfe. Die Landesbank hat eine Garantiegebühr geleistet, also eine Gebühr für eine Garantie, die die Steuerzahler leider noch 1,6 Milliarden Euro in den nächsten Jahren kosten wird. Wenn Sie darin eine Rückzahlung an den Freistaat Bayern sehen, muss man vor jeder Rückzahlung der Landesbank an den Freistaat Angst haben. Diese Rückzahlung begleicht die Gebühr, die wir dafür erhalten, dass wir noch einmal 1,6 Milliarden Euro Steuergelder in die Landesbank stecken müssen. Um es vorsichtig zu sagen: Ich halte es für einen fragwürdigen Vorgang, wie Sie mit der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, im Übrigen zeigt sich der Erfolg Ihrer Reise nach Österreich darin, dass die Österreicher definitiv gegen den Freistaat Bayern bzw. die Landesbank klagen werden. Wir müssen darüber nachdenken, ob wir Ihnen in der Zukunft noch die volle Reisefreiheit aus diesem Freistaat Bayern nach Österreich gewähren können. Wenn das Ergebnis Ihrer Vermittlungsbemühungen so aussieht wie das jetzige Ergebnis, dann kann uns vor einem solchen Finanzminister nur Angst und Bange werden.

(Beifall bei der SPD - Markus Rinderspacher (SPD): Jawohl! Da würde Herr Seehofer jetzt applaudieren! - Isabell Zacharias (SPD): Aber er ist wieder nicht da!)

Abschließend möchte ich kurz die Bewertung der Presse wiedergeben. Unabhängig davon, ob Sie die "Augsburger Allgemeine", den "Münchner Merkur" oder die "Süddeutsche Zeitung" gelesen haben. Die Aussagen lauteten: Bayern geht es gut. Von dieser Koalition kann man dies nicht behaupten. Angesichts der Hybris und der Überheblichkeit, mit der Sie diesen Doppelhaushalt zelebrieren wollen, ist die Bilanz sehr ernüchternd. Deswegen werden wir diesem Haushalt auch nicht zustimmen. Wir lehnen diesen Haushalt wegen offener Widersprüche und Schieflagen ab. Heute stellt sich die Frage: Herr Finanzminister, haben Sie überhaupt noch die Kraft, diesen Haushalt nach dem Beschluss des Bayerischen Landtags umzusetzen? Wenn ich von den Worten des Ministerpräsidenten ausgehe, kann ich nicht feststellen, dass Ihre Kraft dafür nicht ausreichen wird. Der Ministerpräsident hat den Finanzminister schwer beschädigt.

(Alexander König (CSU): Wenn der Herr Staatsminister die Kraft dazu nicht hat, wer soll sie dann haben?)

Die Frage lautet, ob der Finanzminister nicht aus Selbstachtung zurücktreten sollte. Dazu hätte er heute die Gelegenheit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, bevor ich mit der Aussprache fortfahre, darf ich bekanntgeben, dass wir auf Antrag der CSU-Fraktion über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013 in namentlicher Form abstimmen werden.

Frau Kollegin Kamm steht schon bereit.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Natürlich bedauern wir es sehr, dass unser Ministerpräsident gerade den Beratungen über diesen Tagesordnungspunkt nicht beiwohnt. Wir bedauern das zum einen wegen der Problematik des Finanzierungsausgleichs hier in Bayern und zum anderen, weil zu befürchten ist, dass sich unser Ministerpräsident im Bundesrat

dagegen ausspricht, dass die Impulse der Europäischen Union auf mehr Gleichstellung von Frauen in den Unternehmen aufgenommen werden.Das bedauern wir außerordentlich.

Jetzt zum Thema "Starke Kommunen in Bayern": Starke Kommunen sind Kommunen, die eine ausreichende Handlungskompetenz haben. An Handlungskompetenzen durch eigene Gestaltungsmöglichkeiten und in eigener rechtlicher Hinsicht fehlt es bei vielen Gesetzgebungsvorhaben in diesem Hause, es fehlen den Kommunen aber auch Gestaltungsmöglichkeiten in finanzieller Hinsicht. Wir erleben es, dass nur ein Teil der Kommunen in Bayern hier ausreichende Gestaltungsmöglichkeiten hat. Wir haben bei den Kommunen in Bayern eine Spaltung zwischen gut und schlecht ausgestalteten Kommunen.

Eine Abfrage zur Mitte des Jahres 2012 hat ergeben, dass von 2.000 Kommunen 1.750 im Juni ihren Haushalt zur Genehmigung eingereicht haben. Davon haben wiederum nur 880 ihren Haushalt genehmigt bekommen. Alle anderen Kommunen haben Festsetzungen und Begrenzungen, vor allem Begrenzungen bei der zulässigen Kreditaufnahme, auferlegt bekommen. Der kommunale Finanzausgleich in Bayern liegt zwar auf einem für Bayern historisch höchsten Niveau. Die Ursache dafür liegt aber im Wesentlichen in der derzeit guten Situation bei den den Kommunen zustehenden Steuerverbundmitteln, nicht aber in den Leistungen des Freistaates Bayern. Die Leistungen des Freistaates Bayern sind nur um 2 % gestiegen.

Bei einem Fachgespräch zum Finanzausgleich haben wir auch erfahren, dass das Volumen des Finanzausgleichs, das die einzelnen Bundesländer leisten, in vielen anderen Bundesländern Deutschlands höher ist als in Bayern. Bei einer Neuregelung des Finanzausgleichs erwarten wir, dass Sie bei zukünftigen Änderungen des Finanzausgleichs nicht immer nur an einzelnen Stellschrauben drehen und sich hinter verschlossenen Türen nur auf den einen oder den anderen Punkt einigen. Wir möchten, dass diese Änderungen transparent erfolgen. Wir haben beantragt, dass eine Modellrechnung gemacht wird, wie sich das Finanzausgleichsgesetz, über das Sie demnächst in

namentlicher Abstimmung beschließen, auf die Schlüsselzuweisungen an die einzelnen Kommunen auswirkt. Es wäre nicht zu viel verlangt, wenn man vergleicht, wie es nach der alten Situation gewesen ist und wie es nach dem neuen Finanzausgleichsgesetz in den Jahren 2010, 2011 gewesen wäre, wenn man an den einen oder anderen Stellschrauben drehen würde. Dann wüssten Sie wirklich, welche Kommunen die Gewinner und welche die Verlierer dieses Geldes sind. Dann wüsste man, welche Änderungen richtig und welche Änderungen nicht richtig sind.

Wir beklagen es außerordentlich, dass die Änderungen am Finanzausgleich lediglich mit den Spitzen der kommunalen Spitzenverbände und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses unter Abwesenheit der Vertreter der anderen Landtagsfaktionen im Finanzministerium ausgehandelt werden. Bei diesen Verhandlungen werden nicht die Interessen aller bayerischen Kommunen vertreten. Wir haben bei unserem Fachgespräch gute Beispiele dafür kennengelernt, wie es in anderen Bundesländern abläuft. Die kommunalen Spitzenverbände können immer nur die Interessen der Mehrheit ihrer Mitglieder vertreten. Auf einen speziellen Bedarf und auf spezielle Probleme einzelner Kommunen können sie nicht Rücksicht nehmen. Andere Bundesländer finden dafür einen Ausweg, Bayern bisher leider nicht.

Ein wichtiger Punkt ist, dass viele Kommunen von der Substanz leben. Ich habe eine Anfrage an das Finanzministerium gestellt, auf welche Höhe sich nach Auffassung der Bayerischen Staatsregierung der Sanierungsstau bei Schulen, Kindertagesstätten und bei der Betreuung der Kinder unter drei Jahren beläuft. Die Antwort lautete: Erkenntnisse bzw. statistisches Material über einen aktuell bestehenden Sanierungsbedarf liegen dem Staatsministerium nicht vor. Angesichts eines unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwands sowohl bei den Regierungen als auch bei den Kommunen werde von einer Erhebung abgesehen. Ich finde das unglaublich. Sie sagen, die Kommunen seien gut ausgestattet. Sie interessieren sich aber überhaupt nicht dafür, wie es vor Ort ausschaut. Eine Statistik, die Sie selber gefertigt haben, müsste Ihnen schon zu denken geben. Auf der Grafik Nummer sieben Ihrer Schaubilder, die im Übrigen

höchstergänzungsbedürftig sind, haben wir gesehen, dass es in den Jahren 2008 und 2009 bei den Kommunen eine erhebliche Investitionsspitze gegeben hat, die anschließend wieder abbrach. Das war das Konjunkturprogramm. Wir haben einen erheblichen Finanzierungsstau bei den bayerischen Kommunen. Wir hätten die Mittel des Konjunkturprogramms siebenmal ausgeben können. Mir haben die Regierungen versichert, dass bei ihnen ein Vielfaches von Anträgen eingegangen ist. Leider sind jetzt keine Mittel vorhanden. Es wäre daher dringend nötig, dass Sie dem Antrag von SPD, FREIEN WÄHLERN und GRÜNEN zustimmen, wenigstens 40 Millionen für die Förderung der Sanierungsmaßnahmen durch Kommunen mehr einzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Krippenausbau ist auch ein etwas ärgerliches Thema. Sie müssten die Kommunen beim Unterhalt der Krippen besser unterstützen. Kosten- und Leistungsrechnungen zeigen: Drei Viertel der laufenden Kosten tragen derzeit die Kommunen. Interessant sind auch die kommunalen Schulen. Hier sieht man, wie wenig sich der Freistaat Bayern bei dieser Aufgabe engagiert. Lediglich ein Drittel der Personalkosten für kommunale Schulen wird vom Freistaat getragen. Das ist mehr als unzureichend.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, ich bitte auf die Uhr zu achten.

Christine Kamm (GRÜNE): Beim Sozialhilfeausgleich an die Bezirke besteht erheblicher Handlungsbedarf. Man kann nicht nach Berlin fahren und ein Eingliederungsgesetz versprechen, wenn die Kommunen nicht so weit entlastet werden, dass sie nur ein Drittel dieser Aufgaben zu tragen haben.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Ihre Zeit ist um. Ich habe Ihnen schon über eine Minute zusätzlich gegeben.

Christine Kamm (GRÜNE): Das ist natürlich sehr nett, Frau Präsidentin. Wir brauchen aber einen Finanzausgleich mit mehr Weitblick und einer Orientierung auf die Aufgaben von morgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte am Ende dieser Debatte, aber am Beginn meiner Rede noch einmal für alle Folgendes festhalten, damit es kein Missverständnis gibt: Aus dem Regierungshandeln dieser Koalition aus CSU und FDP ist kein einziger Euro Neuverschuldung entstanden.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Zehn Milliarden Schulden habt ihr gemacht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde zur Landesbank noch kommen. Dieses Handeln ist nicht nur in ganz Deutschland, sondern in ganz Europa beispiellos.

Am Ende dieser Debatte möchte ich auch mit einer Mär aufräumen, die die Sozialdemokraten immer wieder ans Tageslicht rücken. Es ist falsch, wenn Sie den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln wollen, dass der Freistaat Bayern und die die Regierung tragenden Fraktionen von CSU und FDP die Kommunen in Bayern schlechterstellen als die Kommunen in anderen Bundesländern.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber selbstverständlich!)

Es ist ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen, wenn Sie die Verbundquote von 12,75 % in Bayern mit der Verbundquote von 23 % in Hessen vergleichen. Richtig ist − darüber haben wir schon ein paarmal diskutiert -, dass wir bei den Ausgaben aus unseren Steuereinnahmen auf dem absolut gleichen Niveau sind wie die anderen Bundesländer. Wir unterstützen unsere Kommunen nicht weniger. Das möchte ich an der Stelle auch noch einmal klarstellen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lesen Sie einmal die Zahlen von Baden-Württemberg!)

Aktuell für 2013 haben wir 7,8 Milliarden Euro für den kommunalen Finanzausgleich auf den Weg gebracht. Das sind 21,41 % unserer Steuereinnahmen. Das möchte ich für Sie nur noch einmal festhalten, damit Sie nicht wieder eine falsche Pressemitteilung herausgeben. Wenn Sie die Bedarfszuweisungen ansprechen, möchte ich darauf hinweisen, dass wir den Betrag von 75 Millionen Euro, der bisher dafür vorgesehen war, auf 100 Millionen Euro erhöht haben, um vor allem Kommunen in Oberfranken zu unterstützen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr entschuldet sie nicht!)

Zu den kommunalen Finanzen gibt es noch viel mehr zu sagen. Aber falsch ist es definitiv auch, wenn Sie behaupten, dass die Finanzsituation der Kommunen in Bayern schlecht sei. Denn die objektiven Zahlen sehen einfach anders aus. Die Pro-Kopf-Verschuldung der bayerischen Kommunen steht an der Spitze unter den westdeutschen Flächenländern. Wenn Sie alle Schulden zusammenrechnen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Vor allem in Oberfranken!)

beispielsweise auch die in allen möglichen Zweckgesellschaften, liegen wir im Durchschnitt auf Platz zwei hinsichtlich der Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland. Dazu gibt es mehr als genug Statistiken. Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben dazu einmal eine Schriftliche Anfrage gestellt. Vielleicht werfen Sie hierzu einmal einen Blick auf Seite zwei. Dann werden Sie erkennen, dass es sich so verhält, wie ich es Ihnen gerade dargestellt habe. Deshalb wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie in Zukunft nicht immer die Arbeit - -

(Zuruf von der SPD)

- Nein, die Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen in Bayern ist Klasse und liegt auf Platz zwei.

(Volkmar Halbleib (SPD): Doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg!)

- Nein, Sie ist nicht doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg.

Auf einen Aspekt möchte ich im Übrigen noch hinweisen, weil von dem Schutzschirm in Hessen, auf den wir gleich noch zu sprechen kommen, die Rede war. Die Pro-Kopf-Verschuldung der hessischen Kommunen ist doppelt so hoch wie die der bayerischen. Deshalb macht es Sinn, in Hessen einen Schutzschirm aufzuspannen. Wir aber helfen den Kommunen dort, wo es nötig ist.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Darf ich wieder einmal daran erinnern: Zwischenrufe ja, aber bitte nicht andauernd. So ist es nun einmal. Es gibt nur einen Redner hier am Redepult. − Bitte, Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch ganz kurz zum Thema Landesbank kommen. Denn dabei handelt es sich um ein wichtiges Thema, das uns schon die ganze Legislaturperiode über begleitet. Es ist richtig, wenn Sie darauf hinweisen, dass es eine der ersten Maßnahmen dieser Koalitionsregierung war, einen zweiten Nachtragshaushalt 2008 auf den Weg zu bringen, in dem wir 10 Milliarden Euro an Neuverschuldung aufnehmen mussten, um dieses Geld der Landesbank zukommen zu lassen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das war schon Ihr Regierungshandeln!)

- Nein, diese 10 Milliarden Euro resultieren nicht aus unserem Regierungshandeln, sondern aus dem Handeln der Vorgängerregierung. Das muss man zur Klarstellung der Wahrheit dazusagen dürfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP - Harald Güller (SPD): Ihr Koalitionspartner war's! Die CSU war's!)

Bevor Sie sich zu sehr freuen, möchte ich festhalten: Ich glaube, wir sind uns in der historischen Bewertung alle darüber einig, dass es damals wirklich alternativlos war,

die Landesbank in dieser Situation zu stützen, und zwar im vollem Umfang, und die Sparkassen sowie die Kommunen davon auszunehmen; denn sonst hätten Sie mit Ihren Oberbürgermeistern vor Ort − außer in München, die Münchner hätten es vielleicht stemmen können − viele andere große Probleme gehabt. Es verwundert nicht, dass die Spitzen der Sparkassen und dieser Kommunen permanent auf uns zugekommen sind und uns erklärt haben, wie dramatisch schlecht ihre Situation aufgrund der Landesbank ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das darf an dieser Stelle nochmals gesagt werden.

Wir haben damals noch eine zweite Maßnahme auf den Weg gebracht: nämlich einen Rettungsschirm für das ABS-Portfolio, in dem wir für 4,8 Milliarden Euro bürgen. Das sage ich an dieser Stelle deshalb, weil es in der aktuellen Situation wichtig ist. Wir haben erfreulicherweise, Herr Kollege Markus Söder, von der Landesbank 351 Millionen Euro überwiesen bekommen. Das geschah früher, als wir es erwartet haben. Zur Klarheit muss dazu gesagt werden, dass dies keine Rückzahlungen sind, sondern eine Vergütung auf unseren ABS-Schirm. Nach wie vor bin ich der Meinung, dass wir eine klare Trennung vornehmen müssen. 1,96 Milliarden Euro wird die Bayerische Landesbank aufgrund dieses Schirms an den Freistaat Bayern zahlen, und 3 Milliarden Euro werden aufgrund der stillen Einlagen zurückgezahlt. Das soll an dieser Stelle nochmals erwähnt werden.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich ist es bedauerlich, dass wir in der Zeit bis zum Ende dieses Doppelhaushaltes allein 1,7 Milliarden Euro für Zinszahlungen aufbringen müssen, die die 10 Milliarden Euro, die wir für die Landesbank aufnehmen mussten, verursachen. Dieses Geld fehlt uns für andere Projekte. Aber noch einmal sage ich: Die Aufnahme der 10 Milliarden Euro − ich denke, darüber sind wir uns alle einig − war alternativlos.

Wir haben in der gemeinsamen Regierungszeit von CSU und FDP den Kurs hinsichtlich der Landesbank entschieden vorangebracht. Wir haben die Entpolitisierung voran-

gebracht, die auch im neuen Landesbankgesetz festgeschrieben wird. Das ist auf Ihrer Seite nicht bei allen auf Freude gestoßen. Wir haben das Thema Rechtsaufsicht behandelt, und wir haben vor, das Thema Beteiligungskauf und Beteiligungsverkauf im Landesbankgesetz neu zu regeln.

Ein Thema bleibt noch offen, das Thema Haftungsprivileg. Nach der Vorstellung der FDP-Fraktion ist es nicht mehr zeitgemäß, dass es dort ein Haftungsprivileg gibt. Dieses gehört abgeschafft, und zwar spätestens mit dem Wegfall der Gewährträgerhaftung. Ich hoffe, dass mit den CSU-Kollegen ein Einverständnis zu erzielen ist. Ich glaube, dafür ist die Zeit gekommen. Denn Risikobereitschaft und Haftungsmaßstab stehen in einem engen Zusammenhang. Auch das ist ein Ergebnis des Untersuchungsausschusses über die Landesbank.

(Markus Rinderspacher (SPD): Was ist mit der HGAA?)

- Wir hatten einen Untersuchungsausschuss zum Fall HGAA. Ich glaube, die Aufklärungsarbeit, die gemeinsam von allen Fraktionen geleistet wurde, ist beispiellos in der Geschichte des Bayerischen Landtags.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und die neuen Entwicklungen?)

- Die neuen Entwicklungen bestehen in juristischen Auseinandersetzungen. Ihre Mitglieder in der Landesbankkommission können Ihnen darüber sicher noch berichten. Der Ausgang ist abzuwarten. In Österreich findet auch ein Wahlkampf statt. Man soll nicht kleinreden, aber auch nicht dramatisieren, was dort vonstatten geht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist zitierfähig?)

- Es steht im Protokoll.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ach was?)

- Herr Kollege Rinderspacher, ich habe noch vier Minuten. Wir erwarten, dass die Republik von Österreich eine Klage einreichen wird. Vielleicht werden sogar zwei Klagen

eingereicht, nämlich aufgrund einer juristischen Position der HGAA und einer juristischen Position der Republik von Österreich. Die bayerische Landesbank hat "Gegengutachten" erstellen lassen, die zu einem anderen Ergebnis kommen. Ich bin kein Jurist, aber wenn die Auseinandersetzung ausgetragen werden muss, muss sie ausgetragen werden. Am Ende werden Gerichte zu entscheiden haben. Deshalb warne ich davor, die Situation romantisch zu verklären oder zu dramatisieren. Auf jeden Fall ist das Ergebnis, der Ausgang des Gerichtsverfahrens, nicht der aktuellen Regierung von CSU und FDP vorzuwerfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Am Ende meiner Rede möchte ich die Gelegenheit nutzen, Dank auszusprechen. Zuallererst danke ich dem Ausschussvorsitzenden und CSU-Arbeitskreisvorsitzenden Georg Winter. Lieber Georg, vielen Dank für die gute Zusammenarbeit. In den letzten Wochen und Monaten haben wir sehr vieles gemeinsam auf den Weg bringen dürfen und müssen. Wir haben viel diskutieren müssen und durften viel Zeit miteinander verbringen. Für die partnerschaftliche, aber auch kritische Auseinandersetzung bedanke ich mich herzlich.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Der Dank gilt auch allen CSU-Kollegen im Haushaltsausschuss.

Natürlich möchte ich mich genauso bei den Kolleginnen und Kollegen der Opposition bedanken. Stellvertretend danke ich dem stellvertretenden Ausschussvorsitzenden. Lieber Volkmar Halbleib, wir sind zwar nicht immer einer Meinung, aber trotz allem verbindet uns eine partnerschaftliche, kritische Auseinandersetzung im Ausschuss. Deswegen richte ich an dich stellvertretend für alle anderen meinen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CSU und des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Ich möchte mich auch beim Ausschussbüro bedanken, bei Frau Fecke, bei allen, die dort mitwirken und unsere Sitzungen so hervorragend vorbereiten, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Fraktionen, die uns jeweils in den Ausschuss begleiten. Besonders bedanke ich mich auch bei meinem Mithaushälter Georg Barfuß, der gemeinsam mit mir die Politik der FDP-Fraktion im Haushaltsausschuss vertritt.

Aus gegebenem Anlass, aber auch, weil es mir persönlich ein Anliegen ist, möchte ich mich − last but not least −, lieber Markus Söder und lieber Franz Pschierer, auch bei euch bedanken sowie beim ganzen Finanzministerium, bei eurem Haus, für die gute Zusammenarbeit der letzten Jahre, natürlich aber vor allem für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr. Wir haben gemeinsam über sehr viele Projekte diskutieren müssen. Das wird auch nächstes Jahr nochmals so weitergehen. Für diese vertrauensvolle Arbeit möchte ich mich recht herzlich an dieser Stelle bedanken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich auch bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche, wenn alle Reden abgeschlossen sind, eine gute Weihnachtszeit.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Für die Staatsregierung erteile ich jetzt Herrn Staatsminister Dr. Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe noch 45 Minuten.

(Zurufe: Was?)

Jetzt sind es noch 44 Minuten und 50 Sekunden.Ich habe überlegt, aber ich denke, ich schöpfe sie nicht aus.

(Beifall der Abgeordneten Renate Will (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute Morgen schon Etliches besprochen. Es ist hier Vieles diskutiert worden. Ich möchte aus meiner Sicht einige Punkte beleuchten und ein, zwei Bemerkungen im Gesamtzusammenhang machen.

Ich habe das heute Morgen schon gesagt und bleibe auch jetzt dabei: Es ist wie überall im Leben, dass der Vergleich die entscheidende Grundlage ist und nicht das, was man sich wünscht. Man vergleicht, was in den deutschen Haushalten möglich ist, welche Politik andere angeboten haben. Man vergleicht im europäischen Verbund, und man traut sich sogar, über die Grenzen der Europäischen Union zu schauen und zu fragen: Wer macht vergleichbare Haushaltspolitik? - Es ist nicht vermessen, zu sagen, dass das, was der Bayerische Landtag in wenigen Minuten abschließend entscheiden wird, ein Signal der Stabilität ist, das weit über die Grenzen Europas hinausgeht. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU)

Das Besondere daran ist, dass wir nicht gegen, sondern mit Partnern und für Partner im staatlichen Verbund arbeiten. Das gesamte Kompendium der Finanzdaten wie Verschuldungsquote, Zinsquote und Investitionsquote ist absolut stark.

Der kommunale Finanzausgleich 2013 ist sehr stark. Ich sage allen ein Dankeschön, die daran mitgewirkt haben: den kommunalen Spitzenverbänden, ganz besonders Kollegen Winter, der bei den Verhandlungen dabei war, aber auch allen anderen. Dieser Finanzausgleich ist mit 7,8 Milliarden Euro ein Rekord. Wir haben eine Steigerung um 7,8 %. Der Anteil der Kommunen wächst stärker als der Haushalt. Die Erhöhung des allgemeinen Steuerverbundes − Frau Kollegin Görlitz hat zu Recht darauf hingewiesen, eigentlich haben wir mit allen Steuerverbünden 26 % - gibt den Kommunen wesentlich mehr Gestaltungsspielraum. Wir ermöglichen den Kommunen Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung. Das ist ein ganz klares Signal an die Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben etwas gemacht, was man sich viele Jahre lang, vielleicht ein, zwei Jahrzehnte lang nicht getraut hat: Wir sind einen Schritt weitergegangen. Das ist nicht leicht. Jeder, der einmal ein solches Spitzengespräch führen durfte oder führen möchte, weiß, dass ein Interessenausgleich gefunden werden muss. Am Verhandlungstisch sitzen vier starke Partner: Gemeindetag, Städtetag, Landkreistag und der Verband der Bezirke. Wir haben es gemeinsam geschafft. Ich sage dafür auch ein Dankeschön an die Spitzenrepräsentanten Uwe Brandl, Jakob Kreidl, Ulrich Maly und Manfred Hölzlein, dem Bezirkstagspräsidenten, für die ausgewogene Konzeption.

Die Bezirke sind seit vielen Jahren in einer schwierigen finanziellen Lage. Sie werden entlastet, wo es um sozialpolitische Fragen geht. Ein gerechter Ausgleich zwischen Städten und Gemeinden wird erreicht. Damit wurde es geschafft, einen für das ganze Land wichtigen Ausgleich zu finden, und zwar in zwei Bereichen: Zum einen ist es uns gelungen, mit den Stabilisierungshilfen, die wir jetzt vervierfachen, schon jetzt ein deutliches Signal zu setzen. Wie oft haben wir hier im Landtag darüber geredet, dass in Bayern die Schere zwischen einzelnen Regionen noch nicht geschlossen ist oder manchmal sogar größer wird. Der Raum München ist dank hoher Gewerbesteuereinnahmen stark und leistungsfähig, aber auch dank der hohen Leistungen der Staatsregierung von fast 3,5 Milliarden Euro, die pro Jahr in den Großraum München fließen. Andere Regionen habe es mit der demografischen Entwicklung schwerer.

Ein Beispiel: Von den Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen, die in diesem Jahr ausgeschüttet werden, gehen insgesamt über 61 % nach Oberfranken und 28,3 % in einen der strukturschwächsten Landkreise, den Landkreis Wunsiedel. Das, meine Damen und Herren, ist ein gerechter Finanzausgleich, der auch den Schwächeren unterstützt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bedanke mich für die Bereitschaft zur Anhebung der Einwohnergewichtung bei den Schlüsselzuweisungen. Es gab viele Vorschläge. Es war nicht leicht, das zusammenzubringen.

Wir geben übrigens nicht nur gute Signale für die Kleinen,

(Unruhe − Glocke der Präsidentin)

sondern auch für einige Städte, die ebenso vor Herausforderungen stehen. Ein Beispiel ist die Stadt Augsburg. Die Stadt Augsburg hat ebenso Strukturprobleme. Es ist nicht nur eine Frage von groß und klein. Uns geht es auch um die Frage von stark oder schwach. Stärkere sind solidarisch mit den Schwächeren. Das ist im neuen kommunalen Finanzausgleich geregelt. Deswegen war die Resonanz dieses Mal, als wir die Berechnungen herausgeben konnten, nicht Unverständnis, sondern Sympathie, Wohlwollen und Unterstützung. Das ist ein gutes Signal für die Kommunen in Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich nenne eine weitere Herausforderung, über die gesprochen wird. Nicht umsonst entscheidet man in Europa über die Bankenunion. Nicht umsonst wird tagtäglich darum gerungen, welche Struktur der Banken künftig die beste ist. Jeder weiß, dass die Herausforderungen auf den Finanzmärkten liegen. Jeder weiß auch, dass wir in Deutschland insgesamt, nicht nur in Bayern, vor Herausforderungen stehen. Fast jede Landesbank in Deutschland geriet nicht wegen der jeweiligen Politik, sondern wegen der Veränderungen der Finanzmärkte und der Geschehnisse auf den Finanzmärkten in erhebliche finanzielle Schieflagen, angefangen bei der WestLB und der HSH über Baden-Württemberg und Sachsen bis Bayern. Überall zeigt sich ein ähnliches Bild. Die Dimensionen waren unterschiedlich, keine Frage, aber überall waren die Gründe dieselben. Deswegen überlegen wir auf allen politischen Ebenen, welcher der richtige Weg ist, um Banken zu unterstützen.

In dieser Zeit möchte ich noch einmal sagen: Das Parlament, aber auch die Staatsregierung und die Vertreter der Gremien haben sehr stark zusammengearbeitet. Ich möchte hier nicht nur dem Haushaltsausschuss, sondern auch den Mitgliedern der Kommission zur Parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der Landesbank mit ihrem Vorsitzenden Ernst Weidenbusch für die hoch kompetente Diskussion, die dort geführt wird, ausdrücklich danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

All die Beratungen dort, auch der Streit, den es gegeben hat, waren produktiv. Man hat aus Fehlern gelernt und hat Dinge verändert. Damit wurde die Bank letztlich stabilisiert. Deshalb hat man ein Beihilfeverfahren abschließen können. Wir sind jetzt im Vollzug des Beihilfeverfahrens. Wir haben einen sogenannten EU-Trustee dabei, der die Schritte genau überwacht. Nicht nur die EU-Kommission sitzt mit am Tisch, auch die BaFin und die Bundesbank überwachen die Schritte. Deswegen sind übrigens die Möglichkeiten, zum Beispiel bei Corporate Governance etwas anders zu machen als das, was wir vorschlagen, außerordentlich begrenzt. Wir haben das Ziel, die Bank kleiner, regionaler, risikoloser zu machen und den Verbund mit den Sparkassen wieder zu stärken, um dieses Geschäft zu etablieren.

Mir ist völlig klar, dass man keine allzu großen Versprechungen machen darf; das wäre falsch. Das kann die Politik übrigens auch gar nicht, weil es operatives Geschäft ist. Dass sich trotz des schwierigen Umfeldes Gewinne stabilisieren und Rückzahlungen möglich sind, ist ein gutes Signal. Bei dem Ganzen geht es nicht darum, zu sagen: Meine Bank, deine Bank. Die Landesbank ist eine Bank für ganz Bayern, und alle Bayern sollten dafür einstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich will noch etwas zum Thema HGAA sagen. Auch da hat es eine, wie ich finde, bemerkenswerte Aufarbeitung der Vergangenheit gegeben. Ich glaube, es war richtig, das alles zu tun. Jetzt geht es um die Frage, wie sich die Verantwortlichen in Öster-

reich verhalten. Unsere Rechtsposition − Kollege Klein hat das, wie ich finde, gut dargestellt − ist klar. Die Landesbank hat übrigens in den Gremien, ob im Haushaltsausschuss oder in der Landesbank-Kommission, die Rechtsposition dargestellt. Diese wird durch Rechtsgutachten und durch tatsächliches Verhalten klar bestätigt. Die HGAA hat im Rahmen des Beihilfeverfahrens deutlich gemacht, dass die Bank bereits lange saniert sei. Von einer "gesunden Bank" zu sprechen, ist ein klares Indiz dafür, dass es sich um Darlehen und nicht um Eigenkapital handelt. Bis zur letzten Woche gab es auch eine klare Botschaft zur Zurückzahlung von Darlehen und Zahlung von Zinsen. Auch das ist ein konkludentes Verhalten. Herr Halbleib, wir haben eine eindeutige Position. Sollten sich Österreich oder die Gremien der HGAA anders entscheiden: Wir setzen darauf, dass es keinen Anlass gibt, Vergleiche und Ähnliches zu schließen. Wir wollen unser Geld zurück. Alle Bayern sollen dabei mithelfen, die Rechtsposition zu stützen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich könnte noch vieles erwähnen, meine Damen und Herren. Ich will zum Schluss nur noch eines aus meiner Sicht sagen, weil wir dann auch zur Abstimmung kommen wollen.

(Unruhe − Glocke der Präsidentin)

Ich möchte noch ein Dankeschön sagen. Es waren über 14 Sitzungstermine zum Doppelhaushalt mit über 40 Sitzungsstunden und 586 Anträgen. Die Beratung eines Doppelhaushalts ist eine Mammutaufgabe. Alle Ausschüsse des Landtags leisten großartige Arbeit, aber keiner muss ein solches Durchhaltevermögen haben wie der Haushaltsausschuss. Der Haushaltsplan umfasst rund 15.400 Haushaltstitel und hat rund 5.180 Seiten.Das ist schon eine große Leistung, wenn ich das an dieser Stelle einmal sagen darf. Deswegen möchte ich nicht nur dem Vorsitzenden, sondern allen, die daran mitgearbeitet haben, ein Dankeschön sagen. Dies ist Parlamentsarbeit vom Feinsten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich hoffe und wünsche mir, dass wir diesen Haushalt auf den Weg bringen. Ich glaube wirklich, dass er nicht in erster Linie ein gutes Signal für politische Kräfte ist. Bei allem, was wir tun, dürfen wir eines nicht vergessen: Wir denken an Stellen, Prognosen, Wahlen und Ähnliches mehr. Lassen Sie uns diese Tage an diejenigen denken, für die wir das machen: Für die Bayern.

(Inge Aures (SPD): Und die Franken!)

Die Bayern haben mit ihrer Leistungsfähigkeit die Grundlage dafür gelegt, dass wir im Parlament klug darüber entscheiden können, was wir mit ihrer Leistung machen. Diese Leistung geben wir zurück. Die Steuereinnahmen sind die Leistungsbilanz der Bayern. Mit der Struktur, so wie wir sie heute beschließen, geben wir die Leistung zurück. Dafür ein Dankeschön. Schöne Weihnachten und uns allen ein gutes neues Jahr, damit wir im neuen Jahr genauso kräftig und kraftvoll miteinander umgehen können.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13464, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14791 mit 14794 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/15097 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14791 mit 14794 abstimmen. Be-

steht damit Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen? − Danke schön. Das ist der Fall. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. − Danke schön. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. − Danke. Stimmenthaltungen? − Keine. Dann ist das übereinstimmend so beschlossen. Der Landtag übernimmt diese Voten. Die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme mit der Maßgabe, dass dem § 3 eine neue Nummer 3 angefügt wird. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 16/15097.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. − Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. − Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? − Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Dafür wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen bereit. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.14 bis 18.19 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Die Zeit ist um. Ich bitte, die Stimmkarten auszuzählen. Ich unterbreche die Sitzung, bis das Ergebnis vorliegt.

(Unterbrechung von 18.19 bis 18.22 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über das Finanzausgleichsänderungsgesetz

2013 bekannt. Mit Ja haben 84 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 52, Stimmenthaltungen gab es keine. Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013)".

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

(Unruhe)

Ich denke, dass meine Stimme laut genug ist. Jetzt findet gerade keine namentliche Abstimmung statt, sondern ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

(Unruhe)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14687 mit 16/14696, 16/14798 mit 16/14802, 16/14804 mit 16/14808, 16/14835 mit 16/14842 und 16/15139 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15019 zugrunde.

Vorweg lasse ich in einfacher Form über den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/14801 abstimmen. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 16/14801 betreffend "Flughafen München GmbH: Darlehen zurückfordern" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. − Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. − Gegenstimmen? − CSU, FDP und SPD. Stimmenthaltungen? − Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nun lasse ich, wie bereits angekündigt, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14807 und 16/15139 in namentlicher Form abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "Pensionsfonds" auf Drucksache 16/14807 ab. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Die Abstimmung ist eröffnet. Die Stimmabgabe kann losgehen. Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.25 bis 18.28 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Wir führen in der Zwischenzeit die namentliche Abstimmung über den interfraktionellen Änderungsantrag von SPD, FREIEN WÄHLERN und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN betreffend "Unterstützung der Kommunen bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude" auf Drucksache 16/15139 durch. Die Urnen sind bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Wiederum drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.29 bis 18.32 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe den Wahlgang und unterbreche die Sitzung, bis ausgezählt ist.

(Unterbrechung von 18.33 bis 18.35 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmungsergebnisse liegen vor. Wir können die Sitzung wieder aufnehmen. Ich darf die Ergebnisse bekannt geben. Zunächst das Ergebnis der Abstimmung über den Änderungsantrag 16/14807, den Pensionsfonds betreffend: Mit Ja haben gestimmt 53, mit Nein haben gestimmt 82, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Nun das Ergebnis der Abstimmung über den Änderungsantrag, die Unterstützung der Kommunen bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude betreffend: Mit Ja haben gestimmt 52, mit Nein haben gestimmt 81, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 13)

Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/15019 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 13 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. − Das sind CSU und FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. − Das sind die FREIEN WÄHLER, die SPD, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? − Keine. Damit ist der Einzelplan 13 mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Abs. 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 14)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 16/15019. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. − Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. − Stimmenthaltungen? − Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Damit, Kolleginnen und Kollegen, ist die Beratung des Einzelplans 13 abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2013/2014. Der Abstimmung liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 16/13465, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14821 mit 16/14824 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15102 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14821, 16/14822 und 16/14824 abstimmen. Besteht Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen? − Das ist der Fall. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. − Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. − Keine. Stimmenthaltungen? − Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten und die Änderungsanträge sind abgelehnt.Zum Gesetzentwurf 16/13465 empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/15102.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. − Das sind die CSU und die FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. − Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? − Keine. Dann ist so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. − Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. − Das sind die Fraktionen der

CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. − Das sind die FREIEN WÄHLER, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? − Keine. Dann ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 16/14823 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Damit ist die Haushaltsberatung abgeschlossen.

(Beifall bei der CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit einem herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen und einem Dank an die Mitglieder der Staatsregierung sowie einer Gratulation zu dem, was in diesen vielen Stunden der letzten drei Tage beraten und beschlossen worden ist, gehen wir jetzt auf den Weg in das neue Jahr. Ich empfehle Ihnen immer, draußen bekannt zu machen, dass der Haushalt des Freistaates Bayern für 2013/14 vom Parlament beschlossen worden ist. Denn dies ist die wichtigste Aufgabe, die wir als Parlament haben. Vielleicht kann man den Regierungen auch einmal sagen, dass nicht sie die Gelder bewilligen oder zur Verfügung stellen, sondern dass es sich um Mittel handelt, die wir hier beschließen.

(Alexander König (CSU): Das ist ein sehr guter Gedanke!)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 13.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 18: Gesetzentwurf der Staatsregierung; zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013) (Drucksache 16/13464)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. **Barfuß** Georg	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. **Beckstein** Günther			
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Dr. **Bertermann** Otto	X		
Dr. **Beyer** Thomas			
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut	X		
Dr. **Bulfon** Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz			
Dorow Alex	X		
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Felbinger Günther		X	
Dr. **Fischer** Andreas	X		
Dr. **Förster** Linus		X	
Franke Anne			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul			
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika	X		
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Freiherr von **Gumppenberg** Dietrich			
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia			
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Graf von und zu **Lerchenfeld** Philipp	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas	X		
Prof. **Männle** Ursula	X		
Dr. **Magerl** Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Dr. **Merk** Beate	X		
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter			
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			
Naaß Christa		X	
Nadler Walter			
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. **Pauli** Gabriele			
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland			
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rohde Jörg			
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold			
Dr. **Runge** Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. **Söder** Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl		X	
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. **Weiß** Bernd			
Dr. **Weiß** Manfred	X		
Dr. **Wengert** Paul		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef	X		
Dr. **Zimmermann** Thomas	X		
Gesamtsumme	84	52	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 19: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2013/2014;; hier: Pensionsfonds; (Epl. 13 Kap. 80 46 Tit. 359 01) (Drucksache 16/14807)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. **Barfuß** Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. **Beckstein** Günther			
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Dr. **Bertermann** Otto		X	
Dr. **Beyer** Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut		X	
Dr. **Bulfon** Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz			
Dorow Alex		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X		
Dr. **Fischer** Andreas		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von **Gumppenberg** Dietrich			
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Graf von und zu **Lerchenfeld** Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. **Männle** Ursula		X	
Dr. **Magerl** Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. **Pauli** Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg			
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Dr. **Runge** Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. **Weiß** Bernd			
Dr. **Weiß** Manfred		X	
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. **Zimmermann** Thomas		X	
Gesamtsumme	53	82	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 19: Änderungsantrag der Abgeordneten Ludwig Wörner, Bernhard Roos SPD, des Abgeordneten Thorsten Glauber FREIE WÄHLER, des Abgeordneten Ludwig Hartmann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2013/2014;; hier: Unterstützung der Kommunen bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude; (Kap. 13 10 neuer Tit.) (Drucksache 16/15139)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. **Barfuß** Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. **Beckstein** Günther			
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Dr. **Bertermann** Otto		X	
Dr. **Beyer** Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut		X	
Dr. **Bulfon** Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz			
Dorow Alex		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X		
Dr. **Fischer** Andreas		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von **Gumppenberg** Dietrich			
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Graf von und zu **Lerchenfeld** Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. **Männle** Ursula		X	
Dr. **Magerl** Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. **Pauli** Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg			
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Dr. **Runge** Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. **Weiß** Bernd			
Dr. **Weiß** Manfred		X	
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. **Zimmermann** Thomas		X	
Gesamtsumme	52	81	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 18 bis 20

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

I. zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013 (Drs. 16/13434, 16/15097)

II. zum Einzelplan 13 und **(Drs. 16/15019)**

III. zum Haushaltsgesetz 2013/2014 (Drs. 16/13465, 16/15102)

I. Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013 (Drs. 16/13434)

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
   (Drs. 16/13464)
   Drs. 16/14791

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
   (Drs. 16/13464)
   Drs. 16/14792

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
   (Drs. 16/13464)
   Drs. 16/14793

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
   (Drs. 16/13464)
   Drs. 16/14794

II. Einzelplan 13

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Bauunterhalt
   (Kap. 13 03 neuer Tit.)
   Drs. 16/14687

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Gesundheitsmanagement
   (Kap. 13 03 neuer Tit.)
   Drs. 16/14688

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude
   (Kap. 13 03 neue TG)
   Drs. 16/14689

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Gewinnausschüttung Flughafen München GmbH
   (Kap. 13 05 Tit. 121 33)
   Drs. 16/14690

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Darlehensrückzahlung Flughafen München GmbH
   (Kap. 13 06 Tit. 181 03 und 161 05)
   Drs. 16/14691
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Schlüsselzuweisungen
   (Kap. 13 10 Tit. 613 01)
   Drs. 16/14692

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Schülerbeförderung
   (Kap. 13 10 Tit. 633 01)
   Drs. 16/14693

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Überlassung der Mittel aus dem Kraftfahrzeugsteuersatzverbund
   (Kap. 13 10 Tit. 883 03)
   Drs. 16/14694

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2013/2014;
   hier: Mittel für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude
   (Kap. 13 10 neuer Tit.)
   Drs. 16/14695

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz
    (Kap. 13 10 TG 81)
    Drs. 16/14696

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
    Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein,
    Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD),
    Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Zuschüsse zur Sanierung von Synagogen
    (Kap. 13 03 Tit. 893 08)
    Drs. 16/14808

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Keine weiteren Zuschüsse an die Forschungsstiftung
    (Kap. 13 03 Tit. 894 07)
    Drs. 16/14798

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Verstärkungstitel für Investitionsmaßnahmen streichen
    (Kap. 13 03 Tit. 893 05)
    Drs. 16/14799

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Klimaschutz: Sparsamere Dienstfahrzeuge
    (Kap. 13 06 neuer Tit.)
    Drs. 16/14800

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Flughafen München GmbH: Darlehen zurückfordern
    (Kap. 13 06 Tit. 181 03)
    Drs. 16/14801

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2013/2014;
    hier: Umschichtung der Entflechtungsmittel zugunsten des ÖPNV
    (Kap. 13 10 Tit. 883 08 und Tit. 883 09)
    Drs. 16/14802

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Kommunaler Finanzausgleich: Entnahme kommunaler Sonderbaulast aus den Verbundmitteln unterbleibt
(Kap. 13 10 Tit. 883 01 und Tit. 883 03)
Drs. 16/14804

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuweisungen an die Bezirke gemäß Art. 15 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 633 08)
Drs. 16/14805

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Vorsorge erhalten: Versorgungsfonds weiterführen
(Kap. 13 20 Tit. 919 61)
Drs. 16/14806

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Pensionsfonds
(Epl. 13 Kap. 80 46 Tit. 359 01)
Drs. 16/14807

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung führt zu Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt
(Kap. 13 01)
Drs. 16/14835

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bayerisches Kulturkonzept
(Kap. 13 03 Tit. 686 49)
Drs. 16/14836

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Streichung des Titels
(Kap. 13 03 Tit. 893 05)
Drs. 16/14837

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gezielte Stärkung der Zukunftsinvestitionen im Freistaat durch den Einsatz von Privatisierungserlösen
(Kap. 13 04 neuer Tit.)
Drs. 16/14838

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Pensionsvorsorge und Kommunen stärken
Tilgung der Staatsschulden reduzieren
(Kap. 13 06 TG 51 - 64)
Drs. 16/14839

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Entschuldungsfonds für Kommunen zusätzlich zu den Bedarfszuweisungen/Konsolidierungshilfen bilden
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 16/14840

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Thomas Beyer, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz
(Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 16/14841

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuführungen in den Bayerischen Pensionsfonds nach alter Rechtslage wieder aufnehmen
(Epl. 13 Anlage B Kap. 80 46 Tit. 359 01)
Drs. 16/14842

III.

Haushaltsgesetz 2013/2014
(Drs. 16/13465)

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014
   (Drs. 16/13465)
   hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b
   Drs. 16/14821

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014
   (Drs. 16/13465)
   Drs. 16/14822

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014
   (Drs. 16/13465)
   Drs. 16/14824